

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pf. • Nachdruckverboten. • Postfach-Konto Hannover Nummer 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße Nr. 65. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: Arbeiterverband Bochum.

## Lohnbewegung im Ruhrrevier.

Die Ruhrrevier-Konferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hat am 24. März in Bochum die Kündigung der Lohnvereinbarung zum 30. April 1929 beschlossen.

Der Beschluß der Ruhrrevierkonferenz unseres Verbandes hat den seit einiger Zeit gepflogenen Auseinandersetzungen über die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues und die Lohnlage der Bergarbeiter

### ein positives Ziel

gegeben. Die bisher zwischen den Unternehmern und den Bergarbeitern in Denkschriften, Zeitungsartikeln und Verhandlungen geführten Erörterungen gelangten leider nicht zu einem befriedigenden Ergebnis. Es ist dies um so bedauerlicher, als die vorbereitenden Schriftsätze immerhin wenigstens in einigen Punkten Verständigungsmöglichkeiten annehmen ließen. Derartige Möglichkeiten mußten ungenutzt bleiben, als sich herausstellte, daß ihre Verwirklichung lediglich den Bergarbeitern Opfer und Bindungen auferlegen, den Unternehmern aber geradezu unerhörte Gewinnansprüche befriedigen sollte.

Bis zum letzten Augenblick haben die Unternehmer dem Verlangen der Bergarbeiter, durch genaue Zahlenangaben den wirtschaftlichen Stand der Werke offenzulegen, den hartnäckigsten Widerstand entgegengelehrt.

und damit alle Bemühungen, eine einwandfreie und überzeugende Klärung der strittigen Fragen herbeizuführen, zum Scheitern gebracht. Der Kündigungsbeschluß hat nunmehr eine neue Situation geschaffen. Er stellt die Einleitung einer Lohnbewegung dar, deren wirtschaftliche und soziale Berechtigung nach den vorliegenden Rechnungsergebnissen nicht in Zweifel gezogen werden kann. Ihre Durchführung und, wenn es sein muß, ihre Durchkämpfung wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ruhrbergbaues, die durch allerhand gegrieffene Behauptungen der Unternehmer verschleiert werden sollte, in das Licht des praktischen Beweises setzen.

Zum Verständnis der augenblicklichen Lage wird es gut sein, die

### Vorgeschichte

noch einmal kurz im Zusammenhang aufzuzeigen. Mitte Februar kam der Verein für die bergbauischen Interessen mit seiner bekannten Denkschrift heraus, die den interessierten Stellen und Personen mit einem Begleitschreiben zugestellt wurde, in dem es hieß, die schlechte Lage des Ruhrkohlenbergbaues habe zu Erörterungen zwischen Regierung und Ruhrbergbau geführt, wobei der Wunsch zum Ausdruck gekommen sei, die wichtigsten Punkte dieser Erörterung schriftlich darzustellen. Diese Erörterungen führen bis zum November 1928 zurück und bezweckten, wie nunmehr offensichtlich geworden ist, den Unternehmern eine Abwehristellung zu verschaffen, von der aus sie eventuellen Lohnaufbesserungswünschen der Bergarbeiter wirkungsvoll begegnen zu können glaubten. Dieser Absicht dienlich auch ihre Denkschrift, die so viele Unwahrscheinlichkeiten enthielt, daß wir in unserer Gegenäußerung in dieser Zeitung die Forderung einer fortlaufenden Durchleuchtung des Ruhrbergbaues aufstellten, um endlich die auch von einer breiteren Öffentlichkeit verlangte Klarheit und Wahrheit über den wirklichen Stand eines so wichtigen Industriezweiges herbeizuführen. Es ist uns in aller Deutlichkeit, selbst von der Unternehmerpresse, bestätigt worden, daß unsere Auslassungen in der „Bergbau-Industrie“ von dem ernstlichen Bestreben einer objektiven Würdigung der vorgebrachten Argumente und von dem Willen zur sachlichen Zusammenarbeit an dem Gegenwarts- und Zukunftsgeschied des Ruhrbergbaues getragen waren.

Die Unternehmer haben nicht vermocht, unsere Gegenäußerung zu entkräften.

ja, sie sahen sich sogar veranlaßt, in ihrer neuerlichen Erwiderung darauf eine Reihe von Punkten zuzugestehen. So haben sie dem Verband zugestimmt, daß die Dividende nicht als Gradmesser der privatwirtschaftlichen Rentabilität angesehen werden dürfe, so haben sie weiterhin

zugestanden, daß sich das Verhältnis zwischen Selbstkosten und Erlös mehr gebessert habe, als sie zuerst in ihrer Denkschrift angegeben haben.

So haben sie endlich auch in bezug auf die Schaffung eines Wertserhaltungskontos, in bezug auf Ueberkapazität und Fehlinvestitionen und schließlich über die Ausfuhrpolitik gewisse Meinungsannäherungen zugeben müssen.

Daß nichtsdestoweniger noch sehr viel Strittiges, und gerade in bezug auf entscheidende Dinge Strittiges, übrig blieb, brauchte angesichts der Vielgestaltigkeit des Objekts und der bekannten Einstellung der Unternehmer zu dem wirtschaftlichen Mitteilungsbegehren der Arbeiter nicht wunderzunehmen. Jedenfalls gaben sie sich aus tatsächlichen Gründen nach außenhin das Gesicht eines verständigungswilligen Partners. Als es aber dann auf Einladung des Reichsarbeitsministers und im Beisein des Reichswirtschaftsministers am 22. März — eine frühere Zusammenkunft am 26. Februar trug mehr informativem Charakter — zur offenen Aussprache der Beteiligten kam, legten sie sehr bald ihre wohlwollende Mäße ab und enthielten sich als jene, jeder vernünftigen wirtschaftsorganisatorischen Fortentwicklung abholden Besenbesitzer, deren sozial- und wirtschaftspolitisches Schuldkonto schon längst überzogen ist.

### Berliner Konferenz.

In der Besprechung beim Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsminister legten die Vertreter unseres Verbandes noch einmal kurz unseren bereits in der Zeitung erläuterten Standpunkt dar und betonten, daß nicht von einer Notlage der Bergbauunternehmungen die Rede sein könnte, sondern daß vielmehr die Frage zur Diskussion gestellt werden müsse, in welcher Weise und Höhe die Bergarbeiter an der einwandfrei feststehenden, insbesondere auf die beträchtliche Verbesserung des Leistungsergebnisses und die ansehnliche Erhöhung der Erlöse beruhenden Hebung der Wirtschaftlichkeit des Bergbaues Anteil nehmen sollten. Dabei unterbreiteten sie eine genaue Aufstellung über die Entwicklung des Schichtförderanteils und des Lohnanteils, woraus hervorging, daß gegenüber dem November 1927 wohl der Schichtförderanteil um rund 70 %, der Lohnanteil je Tonne jedoch im Dezember 1928 so gut wie gar nicht, nämlich nur um den Bruchteil eines Prozentes, gestiegen sei. Davon ausgehend legten sie anknüpfend an die letzte Selbstkostenermittlung des Reichswirtschaftsministeriums für drei Werke eine

### Rentabilitätsberechnung

für den gesamten Ruhrbergbau vor, deren Schlußziffern einen Gesamtgewinn aus bergbauischer Produktion ohne Abschreibungen für Dezember 1928 in Höhe von

etwa drei Mark je Tonne absetzfähiger Kohle

auswiesen. Seit Dezember 1928 sind nun, wie auch die Unternehmer in ihrer Erwiderungs-Denkschrift zugeben, im Januar und Februar weitere Erlössteigerungen zu verzeichnen.

### Die Unternehmer sind ausgewichen.

Die Unternehmer konnten diesen Berechnungen nichts Stichhaltiges entgegenzusetzen. Sie vermieden es trotz dringlicher Aufforderung der Bergarbeitervertreter, nun ihrerseits Zahlenunterlagen beizubringen, und begnügten sich mit der Behauptung, daß, wie sie sagten, „praeter propter“, d. h. ungefähr, bei Einsetzung des Schmalenbachschen Abschreibungsbetrages nur 30 Pf., nach einer anderen Rechnung nur 60 Pf. Gewinn je absetzfähige Tonne übrig blieben. Es ist nicht ganz uninteressant, festzustellen, daß in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 13. März (Nr. 132 a) die gleichen Zahlen in aller Deffent-

lichkeit mitgeteilt wurden, so daß auch wir keinen Anlaß sehen, sie unseren Lesern vorzuenthalten. Wäre es den Unternehmern mit dem von ihnen vorgegebenen Verständigungswillen ernst gewesen, so hätten sie dem wiederholten Verlangen nach Aufhellung der Berechnungsdifferenzen nicht ausweichen und sich hinter „praeter-propter“-Zahlen verstecken dürfen. Damit haben sie den Berliner Verhandlungen die praktische Grundlage entzogen; denn ehe man über Abschreibungssätze, Wertserhaltungskonto und ähnliche Fragen debattieren kann, muß man über die Höhe des Rohgewinns, aus dem ja diese Posten zu dotieren sind, Bescheid wissen.

Die beiden anwesenden Minister haben die Diskussion nicht wesentlich zu fördern vermocht, wobei der Herr Reichswirtschaftsminister Curtius offenbar den Eindrücken des Unternehmervorbringens in stärkerem Maße ausgelegt war.

### Kommission oder Reichskohlenrat.

Angesichts der beharrlichen

Weigerung der Unternehmer, Zahlenmaterial vorzulegen,

bot der sodann von den Ministern unterbreitete Vorschlag, eine kleine Untersuchungskommission über die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues und die Lohnlage der Bergarbeiter einzusetzen, wenig praktische Aussichten, um so mehr, da diese Empfehlung an die Bedingung geknüpft war, während der Kommissionsverhandlungen die bestehenden Tarifverträge weiterlaufen zu lassen und sie abweichend von den vertraglichen Kündigungsfristen nach Vorlegung des Verhandlungsergebnisses mit vierwöchiger Frist zum Monatsende kündbar zu machen. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände lehnten deshalb diese Vorschläge ab,

regten aber an, den Reichskohlenrat mit dieser Untersuchungsaufgabe zu betrauen.

Dieser Anregung wurde bedauerlicherweise nicht stattgegeben. Wir hatten in unserem Artikel bereits ausgeführt, daß unserer Meinung nach die Stelle, die zur Schaffung der notwendigen Klarheit berufen ist, der Reichskohlenrat ist, dessen Kompetenz und dessen Autorität für derartige Untersuchungen im Kohlenwirtschaftsgesetz niedergelegt ist. Dadurch, daß die Unternehmer sich dieser Anregung verschlossen, haben sie ihre Absichten offen an den Tag gelegt, nämlich:

**Bindungen für die Bergarbeiter,**

**Millionengewinne für die Bergwerksunternehmungen,**

**Ablehnung jeder wirksamen wirtschaftlichen Durchleuchtung des Ruhrbergbaues.**

### Um die Verteilung des Rationalisierungsertrags.

Die Bergarbeiter verlangen einen größeren Anteil am Rationalisierungsertrag. Sie wollen sich nicht die Früchte ihrer Rationalisierungsoffer von den Unternehmern durch „praeter-propter“-Rechnungen weginterpretieren lassen. Der Ruhrbergbau ist nicht, wie es am Schluß der bergbauischen Denkschrift heißt, in einem unaufhörlichen Niedergange begriffen, sondern

wir halten eine gewinnbringende Gegenwart und Zukunft des Ruhrbergbaues für durchaus gegeben.

Dabei ist selbstverständlich nicht nur an die abschreibungsbedürftigen, toten Anlagewerte zu denken, wie es die Unternehmer tun, sondern in erster Linie an die

Träger der lebendigen Produktionskraft, der Arbeit, deren Erhaltung und Förderung der Leistung unserer Wirtschaftspolitik ist und immerdar bleiben muß.

# Die Jahrestagung des Ruhrbezirks.

**Die Bezirksleitung schlägt Kündigung des Lohntarifs vor. — Konferenz erteilt den Kommunisten gründliche Aufklärung. Reinefall der Kommunisten mit Sonderlisten.**

Am 24. März tagte im Parthaus zu Bochum die Jahreskonferenz für den Ruhrbezirk. Der Bezirksleiter Klein gab den Geschäftsbericht. Dem Bericht war zu entnehmen, daß sich die Wirtschaftslage des Ruhrbergbaues im Jahre 1928 nicht ungünstig verändert hat. Die Steinkohlenförderung des Ruhrreviers betrug 1928 in Tonnen (vorläufige Zahlen): 114 577 050 (1927 endgültige Zahlen: 117 954 111, 1918: 114 520 928) T. Der Förderrückgang gegenüber 1927 beträgt demnach nur 2,89 Prozent. 1928 gegenüber 1926 bei einer Förderung von 112 192 Mill. T. ein Mehr von 2,08 Prozent. Die arbeitsmäßige Förderung betrug 1928 bei 301 1/4 Arbeitstagen (nach dem „Glückauf“, Nr. 6, 1928) 380 496 T. gegen 390 292 T. in 1927 und 378 558 T. in 1918. Diese Leistungen sind erreicht worden trotz Velegrachtsterminderung und Feterfchichten. Die Technisierung hat allem Anschein nach auch im Berichtsjahr weitere Fortschritte gemacht. Der Anteil der maschinellen Kohlegewinnung an der Gesamtgewinnung des Ruhrbergbaues betrug nach dem „Glückauf“ (Nr. 22, 1928) für das Jahr 1928: 25 Proz., 1925: 48 Proz., 1926: 67,4 Proz. und Ende 1927 schätzungsweise 85 Proz.; 1928 dürfte eine weitere Steigerung eingetreten sein, Zahlen liegen jedoch noch nicht vor.

Der Schichtförderanteil betrug nach dem „Glückauf“ (Nr. 5, 1928) die verfahrenen Schicht für den Untertagearbeiter im Jahresdurchschnitt 1918: 1161 kg., 1927: 1886 kg., 1928 lag er von 1428 im Januar auf 1508 im Dezember oder um 5,97 Prozent. Für die bergmännische Velegracht gelten folgende Zahlen: im Jahresdurchschnitt 1918: 943 kg., 1927: 1132 kg., 1928 lag der Förderanteil je Schicht von 1166 im Januar auf 1222 kg. im Dezember oder um 4,8 Prozent. Die Degetobergeächten 1928 ergaben gegenüber 1918 eine Steigerung von 29,88 Prozent für die Untertagearbeiter und für die bergmännische Velegracht 29,58 Prozent. Im Jahre 1927 betrug gegenüber 1918 (immer nach dem „Glückauf“) die Steigerung 19,37 und 21,19 Prozent. Die Velegrachtssziffer sank von 398 140 im Januar auf 365 247 im Dezember. Der Rückgang beträgt demnach 8,28 Prozent, der Förderrückgang gegenüber 1927 nur 2,89 Prozent.

Nach hier ergibt sich, daß die Leistung je Mann und Schicht im Berichtsjahr gestiegen ist. Die Velegrachtsterminderung im Berichtsjahr weist die Zahl von 32 893 aus. Demgegenüber ist die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter geringer. Viele der erwerbslos Gewordenen sind offenbar bezogen oder haben in anderen Berufen Beschäftigung gefunden. Ein Teil wird der Wohlfahrtspflege anheimgefallen sein nach Ausschluß aus der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter wird vom Bundesarbeitsamt Westfalen wie folgt angegeben:

17. Januar . . . . .	7 384	17. Juli . . . . .	9 926
15. Februar . . . . .	6 229	16. August . . . . .	11 755
15. März . . . . .	5 465	15. September . . . . .	12 346
14. April . . . . .	5 327	16. Oktober . . . . .	12 290
16. Mai . . . . .	5 922	15. November . . . . .	14 082
15. Juni . . . . .	8 087	14. Dezember . . . . .	16 741

**Betriebsbeschränkungen** sind im Berichtsjahr mehrere erfolgt. Nach dem amtlichen Bericht des Stilllegungskommissars, Oberbergamtsdirektor Dr. Weise, sind im vorigen Jahre 24 Zechenstilllegungen einschließlich Betriebsabbrüchen erfolgt. Diese große Zahl wurde nur im Jahre 1925, in dem 37 Zechen stillgelegt wurden, übertroffen. In den beiden Vorjahren 1926 und 1927 verfielen nur je 6 Zechen der Stilllegung. Von 1924 bis Ende 1928 beträgt die Gesamtzahl der Zechenstilllegungen und -abbrüchen 89. Hieron sind jedoch nicht mit aufgenommen die stillgelegten Zechentoreten sowie hohe Betriebsbeschränkungen, auch wenn sie unter die Stilllegungsverordnung fielen. Bei einem Teil der stillgelegten Zechen sind keine oder nur wenige Arbeiter entlassen. Alles ist dort beim alten geblieben, nur die Kohlenförderung ist nach einer anderen Schachtanlage verlegt und Teile der Tagesanlagen sind zum Erliegen gekommen. Solche Anlagen gelten als Nebenanlagen im Sinne des § 9 MTG und können für sich keine selbständige Betriebsvertretung wählen.

Bei den Stilllegungsverhandlungen begründen die Vertreter der Zechen gewöhnlich ihre Maßnahmen mit der schlechten wirtschaftlichen Lage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Dabei werden die Bergarbeiter und deren Vertreter in der Regel beschuldigt, durch die von Erfolg begleitete Lohnverhöhungsbekämpfungen hierzu beigetragen zu haben. Die Organisationsvertreter der Arbeiter weisen solche Anwürfe selbstverständlich aufs entschiedenste zurück. Von den Vertretern der Kommunisten wird der Stilllegungskommissar immer befragt, die Genehmigung zur Stilllegung nicht zu erteilen. Sie müssen sich aber immer sagen lassen, daß nach den bestehenden Gesetzen, sobald die Sperrfrist abgelaufen ist, niemand den Unternehmer hindern kann, stillzulegen. Die Stilllegungsverhandlungen, von denen sich mancher so viel verspricht, sind im allgemeinen „weiße Salbe“, ein Mittel, das nicht schadet, aber auch nicht hilft.

Die **Arbeiterlöhne** im Ruhrbergbau fanden im Berichtsjahr eine Neuregelung durch den Schiedsbruch vom 23. April 1928. Obwohl der Schiedsbruch nicht den Wünschen der Arbeiter gerecht wurde, tobte die Unternehmerpresse gegen den Schiedsbruch und seine Verbindlichkeitsklärung. Nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ sollten die Gewerkschaften „Orgeln feiern“ und dem „Katharismus verfallen“ sein, vor dem „der Schlichter kapituliert“ habe. Im Arbeitsministerium läge die „fleischgewordene Verantwortungslosigkeit“. Das sagte die „Deutsche Verbandszeitung“ von der damaligen Regierung, in der keine Sozialisten, aber vier deutchnationale Minister saßen.

Der **Tariflohn** betrug im Berichtsjahr für die nachbenannten wesentlichen Arbeiterarten vom 21. Lebensjahr ab im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau in Reichsmark je Schicht für

Monat	Unter Tage		Ober Tage	
	1928	1927	1928	1927
Am 1. 1. 28	8,91	7,75	7,05	6,20
Ab 1. 5. 28	9,60	8,35	7,60	6,70
Steigerung in %	7,74	7,74	8,21	8,06

  

Monat	Hinter Tage		Vor Tage	
	1928	1927	1928	1927
Am 1. 1. 28	7,60	6,90	6,10	0,16
Ab 1. 5. 28	8,20	7,45	6,60	0,16
Steigerung in %	7,89	7,96	8,19	—

Die **Tätigkeit der Trennhandelle** für Bergmannsanlagen in Essen und in den 16 Bergmannsstellungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau war gegenüber den

Jahren 1926 und 1927 eine größere. Während in den Jahren 1924 bis 1926 allmählich die aus den Inflationsjahren vorhandenen Bauruinen beseitigt bzw. die Wohnungen fertiggestellt werden konnten, wurde dagegen im Jahre 1927 die Fertigstellung 500 neuer Wohnungen in Angriff genommen, wovon am Jahreschluß 301 Wohnungen bezugsfertig waren. Im Jahre 1928 sind 1802 Wohnungen erstellt worden. Im März 1928 wurde im Verwaltungsrat der Trennhandelle Essen beschlossen, in den nächsten Jahren 5000 Wohnungen als Eigenheime abzugeben. Der Kaufpreis beträgt im Einfamilien-Helmshaus pro Quadratmeter Wohnfläche 85 M. und im freistehenden oder Doppel-Einfamilienhaus 90 M. Der Kaufpreis ist je zur Hälfte rentierlich und unrentierlich. Der rentierliche Teil ist mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 3 Prozent zu tilgen.

Auf dem Gebiet des **Rechtsschutzes** wurde ebenfalls große Arbeit geleistet. Im Berichtsjahr ist bezüglich des erweiterten Rechtsschutzes eine Änderung eingetreten insofern, als auf Grund des im Arbeitsgerichtsbescheid gewährten Rechtes in der zweiten Instanz nicht nur, wie früher, Rechtsanwälte, sondern auch Berufungskommissionen als Prozessbevollmächtigte auftreten können. Von diesem Recht ist unfererseits Gebrauch gemacht worden. Dadurch wird einmal den Organisationen ein ganz erheblicher Teil der Unkosten erspart. Zweitens hat es sich herausgestellt, daß bei verschiedenen Klagen die praktischen Erfahrungen der Organisationsvertreter bei Beurteilung der Sachlage von großer Bedeutung waren. In 79 Fällen hat der Vorstand den erweiterten Rechtsschutz unter Befürwortung der Bezirksleitung bewilligt. In diesen 79 Fällen sind enthalten:

- 41 Klagen aus dem Tarifvertrag,
- 5 Klagen aus der Arbeitsordnung,
- 15 Klagen aus dem Betriebsrätegesetz,
- 18 Klagen waren sonstige Klagen,

denen Schadenersatzansprüche, Beleidigungen und sonstige Delikte zugrunde lagen. Von diesen 79 Fällen sind

gewonnen . . . . .	34
verloren . . . . .	28
Vergleich . . . . .	1
zurückgezogen . . . . .	2
unerledigt . . . . .	13
Berufung nicht eingelegt . . . . .	1

Außer den Klagen aus dem Tarifvertrag, der Arbeitsordnung und dem Betriebsrätegesetz haben in 77 Fällen Klagen beim Knappschäfts-Oberverwaltungsamt gegen die Ruhrknappschäfts- und die Knappschäfts-Berufsgenossenschaft Sektion II angestanden, und zwar in Knappschäftsangelegenheiten in 387 Fällen, in Unfallsachen in 389 Fällen. Von diesen sind gewonnen 184, durch Vergleich erledigt 276, verloren 316.

Zur Durchführung der Klagen beim Knappschäfts-Oberverwaltungsamt im Berichtsjahr sind in 19 Fällen die Kosten für ein ärztliches Gutachten bewilligt worden. Der materielle Erfolg des Rechtsschutzes belief sich im 1. und 2. Vierteljahr auf 91 767,72 M., im 3. und 4. Vierteljahr auf 90 198,78 M.

Über den erweiterten Rechtsschutz und die Vertretungen beim Knappschäfts-Oberverwaltungsamt hinaus sind schriftlich wie telephonisch eine Menge Rechtsfragen erledigt worden, die aber statisch hier nicht erfaßt werden können. Der Rechtsschutz in den Gewerkschaften ist, wie bereits in den früheren Jahren gesagt wurde, von großer Bedeutung für die Mitglieder der Organisationen. In vielen Fällen stellen wir fest, daß sich Kameraden in die Organisation aufnehmen lassen, nachdem sie irgendeine Tarif- oder Lohnstreitigkeit im Betriebe bekommen haben, in dem Glauben, hierbei erweiterten Rechtsschutz zu bekommen. Das ist schon statutarisch nicht möglich. Außerdem ist festzustellen, daß solche Leute sich der Organisation nur erinnern, um aus ihr möglichst viel herauszuholen, ihr aber wieder den Rücken kehren, sofern ihre Wünsche nicht reiflos erfüllt werden. Die Durchführung solcher Streitigkeiten kostet der Organisation einen ganz erheblichen Schaden Geld und müssen vorher Opfer durch Mitgliedschaft und Beitragszahlung erbracht werden.

Der **Stand der Organisation** ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Mitgliederbestand am 1. Januar 1928 . . . . .	60 263
<b>Zugang:</b>	
1. Eingetretten . . . . .	14 913
2. Zugezogen . . . . .	2 613
3. Uebergetreten aus anderen Verbänden . . . . .	280
4. Wiedereingetretten mit alten Rechten . . . . .	242
<b>Gesamtzugang</b>	<b>18 048</b>
<b>Abgang:</b>	
1. Ausgetreten und gestrichen wegen rückständiger Beiträge . . . . .	11 764
2. Verzogen . . . . .	3 169
3. Gestorben . . . . .	457
4. Zum Militär . . . . .	2
5. Uebergetreten zu anderen Verbänden . . . . .	549
<b>Gesamtabgang</b>	<b>15 941</b>
Mitgliederstand am 31. Dezember 1928 . . . . .	62 370

In fast allen Instellen des Bezirks haben eine Reihe von Hausagitationen stattgefunden. Von den Geschäftsstellen und von der Ruhrbezirksleitung sind Versammlungen, zum Teil mit Lichtbildvorträgen, abgehalten worden. Auch wurde die Agitationsarbeit durch eine Reihe von Flugblättern und geeigneten Broschüren unterstützt. Auf die besondere Propaganda in einer Reihe von Kinos machten wir noch besonders hinweisen.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht gina Kamerad Klein kurz auf die derzeitige Wirtschaftslage des Ruhrbergbaues ein und betonte, daß die bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmern keine Aussicht auf freiwilige Lohnverhöhung durch die Unternehmer eröffnen haben. Es bleibe deshalb kein anderer Ausweg, als den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen, was die Bezirksleitung damit der Konferenz zur Beschlußfassung vorschlägt.

Dr. Berger nahm hierzu das Wort zu einer ausführlichen Begründung des Vorschlags auf Kündigung des Lohntarifs. Das Wesentliche seiner Ausführungen haben wir auf der ersten Seite dieser Nummer besonders zum Ausdruck gebracht, worauf wir hier nur zu verweisen brauchen.

In der Diskussion führte

### Verbandsvorsitzender August Schmidt

aus, daß alles an die Gewinnung neuer Mitglieder gesetzt werden muß. Der geringe Erfolg auf diesem Gebiet sei in erster Linie auf die unverantwortliche Kampfesweise der kommunistischen Partei zurückzuführen. Hier erhebe die Frage, ob ein verantwor-

tungsbewusster Funktionär des Verbandes überhaupt noch dieser Partei angehören kann. Die zu beschließende Lohnbewegung bedinge, daß alles einmütig zu der Verbandsleitung steht und jegliche Zerplitterungsversuche einmütig bekämpft. In allen Versammlungen muß jeht die Kleinliche Märgerei zurückgestellt und nur der Wert des Verbandes im Kampf um die Arbeiterrechte herausgestellt werden. Es muß uns gelingen, einen großen Teil der Unorganisierten in die Organisation hereinzugießen. Insbesondere kann die Leitung der kommenden Bewegung nur von Funktionären des Verbandes ausgeht werden. Jede Bildung von Kampfleitungen im Auftrag Dritter wird von uns bekämpft werden mit allen statistischen Mitteln.

Schmidt verbreitete sich dann ausführlich über den möglichen Verlauf der Lohnbewegung, besonders in ihrem Ablaufe durch die Schlichtungsinstanzen. Vor einer neuen Möglichkeit stehen wir hier dadurch, daß ein Schiedsbruch nur noch mit Kammermehrheit gefällt werden kann, während früher der Schlichter allein einen solchen fällen konnte.

Schmidt ging dann nochmals auf die kommunistische Druckpresse ein, die trotz besseren Wissens ganz bewusst unsere Verbandsfunktionäre verleumdet und so der freien Bergarbeiterbewegung großen Schaden zufügt. Alle Funktionäre mußten sich im Abwehrkampf gegen diese Schlingen zusammenschließen. In Konferenzen, die diese Partei für unsere Funktionäre einberuft, besonders auch Betriebsrätekonferenzen, dürfe kein Mitglied des Verbandes teilnehmen, andernfalls die statistischen Abmachungen ohne besonderes Verfahren in Anwendung gebracht würden. Wenn alle sich in diesem Geiste betätigen, zweifle er nicht daran, daß die Lohnbewegung zum Vorteil der Ruhrbergarbeiter ausgehe.

Im Anschluß an die Diskussion gab Kamerad Traumpena u einen kurzen Bericht über das vorläufige

### Ergebnis der Betriebsrätewahl.

Es lagen bis Sonnabend die Resultate vor von 185 Schachtanlagen. Danach ist offensichtlich, daß die Ruhrbergarbeiter von der kommunistischen Spaltungsarbeit nichts wissen wollen. Es werden insgesamt etwa 25 000 Unorganisierte sein, die auf die Parole dieser Knappschäftsarbeiter hereinzuwischen sind. Das vorliegende Resultat der 185 Schachtanlagen (ungefähr 25 stehen noch aus) ergab folgende Verteilung der Stimmen und Mandate:

	Stimmen	Mandate
Freie Gewerkschaften . . . . .	145 978	1152
Christliche Gewerkschaften . . . . .	69 311	517
Gewerksverein Strich-Dunder . . . . .	4 697	5
Polnische Berufsvereinigung . . . . .	376	1
Kommunisten und Unorganisierte . . . . .	22 891	140
Syndikalisten . . . . .	3 466	19
Weiße . . . . .	5 095	28
Sonstige . . . . .	1 359	9

Für die aus der **Bezirkskommission** auscheidenden Mitglieder wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Aus der Reihe der Vertrauensleute: Geschäftsstelle Hamm: Th. Fröhbe, Geschäftsstelle Sickinghofen: Adolf Friedrich, Geschäftsstelle Arndel, Geschäftsstelle Bochum: Wilhelm Sahne, Geschäftsstelle Schab-beck: Theodor Busch. Aus der Reihe der Betriebsräte: Geschäftsstelle Sattungen: Friedrich Witthüser, Geschäftsstelle Oberhausen: Ludwig Renner. Als Beobachter: Markus (Bochum), Ramohl (Dortmund), Uthmann (Essen).

Die nachstehende Entscheidung wurde einstimmig angenommen, was als klaffende Dyrstellen für die politischen Landraben in den kommunistischen Berufsorganisationen gedrückt werden kann:

### Entschließung.

Die am 24. März 1929 im Parthaus zu Bochum tagende Konferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands für den Ruhrbezirk spricht nach Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts der Bezirksleitung ihr volles Vertrauen aus. Die Konferenz erhebt aus dem vorgelegten Jahresbericht, daß die Bezirksleitung in guter Zusammenarbeit mit den übrigen Funktionären in einer großen Fülle organisatorischer Betätigung zum Vorteil der Mitgliedschaft und darüber hinaus der gesamten Bergarbeiter des Ruhrbezirks gewirkt hat.

Mit Entrüstung stellt die Konferenz fest, daß die notwendige Einigkeit der Ruhrbergarbeiter durch eine verdröckerische Spaltungspolitik der kommunistischen Partei aufs schwerste gefährdet ist. Durch die neueste Taktik dieser Partei unter der Parole: „Sammlung der revolutionären Opposition auf gemeinsame Listen mit den Unorganisierten“ wird der Organisationsgedanke untergraben. Das bedeutet eine Schwächung der organisierten kämpfenden Arbeiterklasse und offene Unterminierung des organisierten Unternehmertums. Die Konferenz fordert alle Ruhrbergarbeiter auf, die Vertreter dieser neuen Taktik mit der nur die Position der kommunistischen Berufsfunktionäre gestützt werden soll auf Kosten der organisatorischen Macht der Arbeiterklasse, von sich zu weisen.

Alle getroffenen Maßnahmen des Vorstandes, die der Bekämpfung dieser Schädlinge der organisierten Arbeiterbewegung dienen, sowie alle Ausschüsse, die dieserhalb notwendig wurden und fernertzu werden, erachtet die Konferenz für selbstverständlich. Die Einheit und Geschlossenheit des Verbandes kann nicht politischen Streibern untergeordnet werden, die den Klassenkampf als ein Mittel zur Verwirklichung persönlicher Interessen betrachten.

Die Konferenz stellt fest, daß die politische Freiheit der deutschen Arbeiterklasse, die Rede-, Konfliktions- und Pressefreiheit, sowie die Ausrechterhaltung der Demokratie und des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft in Verwaltung und Wirtschaft, insbesondere auch die Mitwirkung bei Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen, fast allein Verbienst her in den Gewerkschaften organisierter Arbeiter und ihrer Führer ist. Wenn die Erfolge noch nicht auf all den genannten Gebieten befriedigend sind, dann nur deshalb, weil noch ein zu großer Teil der Arbeiter außerhalb der Gewerkschaften steht, was nicht zuletzt der Folge von sich kommunistisch nennenden Geschäftemachern zu verdanken ist. Es ergeht deshalb an alle den Gewerkschaften noch fernstehenden die Mahnung, sich in unsere Front einzuordnen. Besonders die Bergarbeiter des Ruhrbezirks müssen erkennen, daß nur ein starker Bergarbeiterverband ihre Interessen und für sie Erfolge erzielen kann. Das gilt für die nächste Zukunft besonders, da die Konferenz gleichzeitig beschließt, das Lohnabkommen für den Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes zum 1. Mai 1929 zu kündigen. Die Bezirksleitung wird beauftragt, gemeinsam mit den anderen am Tarifvertrag beteiligten Organisationen die Kündigung zu vollziehen und sich für Abschluß eines besseren Lohntarifs einzusetzen.

Bergarbeiter des Ruhrgebietes! Stellt euch hinter uns und helft in gemeinsamer Front im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands um unser Recht kämpfen. Vetrennt sich mir nicht, nur herantretet und wir hart!

# Die Lebenshaltung soll weiter verteuert werden.

In Deutschland graffiert wieder einmal der *Sollbazarillus*. Die Großhändler halten Tagungen ab und verlangen in Anfragen die Schließung der Grenzen gegen die ausländische Lebensmittelimporte. Auch der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich ist von diesem Bazillus infiziert worden. Seinem Parteibuch nach ist er liberal und Demokrat. Seit Wochen aber liegelt er mit Zollerhörungen. Er ist ein gar selbster Mannschreckenermann.

Eigentlich hats mit dem Zuder angefangen. Die großen Produktionsländer, in Uebersee: Kuba und Java, in Europa: die Tschechoslowakei und Polen, wissen nicht, wohnin mit dem Zegen. Sie halten die Preise im Lande hoch und führen ihren Zuder aus Mit staatlicher Hilfe suchen sie sich einander auf den Weltmärkten zu bekämpfen. Der Exporteur wird zu Dumpingpreisen, also zu Preisen weit unter Weltmarktpreis und unter Gestehungskosten angeboten. So ergab sich im Herbst 1928 die Notwendigkeit, die deutsche Zuderindustrie vor der ausländischen Konkurrenz, insbesondere gegen das tschechische Rümping, zu schützen. Man tat das, indem man den Zuderzoll pro Doppelzentner von 10 auf 25 Mark erhöhte. Dieser erhöhte Zoll soll nach einem vom Reichstag angenommenen Gesetz nur dann gelten, solange der Zuderpreis an der Magdeburger Börse unter 21 Mark pro 50 Kg liegt. Steigt der Preis höher, dann muß der alte Zoll von 10 M in Kraft treten. Ohne Zweifel hätte man den Schutz der deutschen Zuderindustrie besser mit anderen Mitteln erreichen können. Die getroffene Regelung hat aber das eine Gute, daß der Zoll nicht zur Bewucherung der breiten Volksmassen ausgenutzt werden kann. Steigt der Preis nämlich über 21 M. und geht der Zoll von 25 auf 10 M. zurück, dann strömt ausländischer Zuder nach Deutschland herein und drückt die Preise. Nun haben aber die Deutschen nationalen im Senat tagen beantragt, den Zoll erst auf seinen alten Stand herunterzusetzen, wenn der Zuder in Magdeburg mit 25 M notiert wird. Auch das Zentrum verlangte in einem Antrag, daß der Zoll auf 15 M. nur heruntergesetzt wird, wenn der Zuderpreis über 23 M. hinausgeht.

Alle diese Anträge haben mit dem Schutz der deutschen Zuderindustrie nichts zu tun. Sie verfolgen den ausgesprochenen Zweck, den Zuderzoll zu einer Preissteigerung auszunutzen. Man trägt mit solchen Anträgen alten Forderungen der Zuderindustrie und der Milbenbauern Rechnung. Nur den Verbraucher hat man nicht gefragt, wie er sich mit einer ganz empfindlichen Zuderpreis-erhöhung abfinden will. Was werden die christlich organisierten Arbeiter zu dieser Einstellung des Zentrums sagen?

Der Reichsernährungsminister selbst hat erntet, daß die veterinärpolizeilichen Bestimmungen bei der Einfuhr ausländischer Lebensmittel nicht streng genug sind. Er will sie zum Beispiel für die Einfuhr von sogenanntem Innereis verschärfen. Das Reichsernährungsministerium liebt es, nur in Fachausdrücken zu sprechen. Man erreicht wohl dadurch, daß den breiten Massen nicht ganz klar wird, worum es sich handelt. Deutschland führt Innereis in größten Mengen zum Beispiel aus Dänemark ein; 80 Prozent dieser Einfuhren bestehen aus Leber. Aus ihr wird in Deutschland besonders die Leberwurst hergestellt, die für den Konsum der breiten Massen in Frage kommt. Die veterinärpolizeilichen Verschärfungen, die vom Reichsernährungsministerium jetzt empfohlen werden, müssen die Lebenshaltung der Bevölkerung verteuern, ohne daß die deutsche Landwirtschaft etwas davon hat, denn die deutschen Schlachtungen können unmöglich die Innereis liefern, die die deutsche Wurstfabrikation nötig hat. Wo ist hier der Sinn der vom Reichsernährungsministerium der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen?

Aber es kommt noch toller. Herr Dietrich will die Viehzüchter an die Fleischzölle anpassen. Damit sollen die Minderpreise in Deutschland „gehoben“ werden.

### Der alte Film rollt

sich damit von neuem auf. Erst hat man die Viehzölle erhöht, weil sie im Vergleich zu den Fleischzöllen angeblich zu niedrig gewesen seien. Dann entdeckte man, daß die Fleischzölle zu niedrig waren und setzte sie herauf. Und jetzt fängt man wieder von vorne an und will die Viehzölle nach oben treiben. Gelingt das,

dann wird man die Fleischpreise in Deutschland verteuern. Aber die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch wird man nicht abstopfen können. Höchstens wird die für unseren Arbeitsmarkt höchst unangenehme Tatsache eintreten, daß das Ausland nicht mehr lebendes Vieh nach Deutschland einführt, sondern die Kühe und Rinder selbst schlachtet und das Fleisch nach Deutschland bringt. Wir nehmen ausschließlich allein von Dänemark rund 250 000 Kühe ab. Werden diese in Dänemark selbst verarbeitet, dann werden erst Tausende von Arbeitskräften in unseren Grenzschlachthäusern arbeitslos.

Auch hier vernimmt man den Sinn. Die Minderpreise sind in Deutschland nicht deshalb so niedrig, weil wir aus dem Ausland Rinder und Minderfleisch einführen, sondern weil das Angebot von inländischen Rindern bei uns zu groß ist. Der deutsche Viehzüchter züchtet bis vor kurzem hauptsächlich Schlachtwie. Jetzt hat er sich auf die Milchproduktion umgestellt.

Zu wenigen Jahren hat sich der Schlachtviehbestand bei uns um 2 Millionen Tiere verringert, der Bestand an Milchvieh aber erhöht. Das Hauptprodukt ist nicht mehr das Fleisch, sondern die Milch. Der sogenannte Strohacker wird zum modernen Milchproduzenten. An der Milch verdient der Landwirt; das Schlachtwie ist nur das Abfallprodukt der Milchviehwirtschaft. Es bringt so wenig ein, daß der Erlös für die Walfuktion in der Milchviehhaltung gar nicht mehr in Frage kommt. Der Reichsernährungsminister wird durch die Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle nur die gebotene Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft zur modernen Milchproduktion hemmen. Niedrige Subventionen sollen wieder mal verpulvert werden. Sie können nur die eine Wirkung haben, die Lebenshaltung der Massen zu verteuern. Herr Dietrich wird mit seinen Plänen in den nächsten Wochen eine schwere Belastung des gegenwärtigen Reichskabinetts sein.

Ein Ding für sich, das man eigentlich für unmöglich halten sollte, ist das von Dietrich geplante

### Experiment auf den Getreidemärkten.

Sier will der Reichsernährungsminister eine sogenannte Reichsausgleichsgebühr haben. Die Reichsausgleichsgebühr ist aber nichts weiter als ein verkappter Getreidezoll. In seiner ganzen Primitivität denkt sich der Herr Reichsernährungsminister diese Reichsausgleichsgebühr so, daß von jeder Tonne Weizen, die vom Ausland nach Deutschland eingeführt wird, eine bestimmte Abgabe entrichtet wird. Dadurch will man den Weizenpreis, der jetzt etwa um 200 M. pro Tonne liegt, also rund 5 Prozent über Friedenspreis, auf etwa 210 bis 250 M. treiben. Ob man das Ding nun Zoll oder Reichsausgleichsgebühr nennt, das ist völlig gleichgültig. Tatsache ist, daß durch eine solche Abgabe der Weizenpreis um 25 Prozent in die Höhe getrieben wird und daß der erhöhte Weizenpreis alle anderen Getreidepreise nach sich ziehen muß. Die so harmlos genannte Reichsausgleichsgebühr ist ein verkappter Weizenzoll.

Nun wissen die Freunde dieser Reichsausgleichsgebühr darauf hin, daß der Weizenpreis in Deutschland zu niedrig sei und daß mit einem Preis, der nur wenig über Friedensstand liegt, in Deutschland auf die Dauer kein Mensch Weizen produzieren kann. Das ist schon richtig. Aber wer hat schon jemals im Reichsernährungsministerium danach gefragt, wie es um die Brotverfeis steht? Nach der glänzenden Ernte im Jahre 1928 sind die Getreidepreise zusammengebrochen. Das ist Tatsache. Was hat aber der Verbraucher davon gehabt? Die Getreidepreise gingen herunter, die Brotpreise aber nicht. Die Getreidepreise stehen heute auf 200 bis 210 Mark. Wir bezahlen aber Brotpreise, die einem Getreidepreis von 245 bis 300 M. entsprechen. Wo bleiben die Differenzgewinne? In welche Taschen sind sie geflossen? Komische Frage! Verdient haben an den niedrigen Getreidepreisen und den hohen Brotpreisen der Handel, die Masse der Agenten, die Getreidespekulation, die Bäcker usw. Sie haben sich an der sogenannten Agrarfriste geundgetoßen. Sie stecken das Geld ein. Sie profitieren, wie die Metzger im vorigen Jahre an den niedrigen Schweinepreisen und in diesem Jahre an den niedrigen Minderpreisen profitieren.

Unterstellen wir einmal als wahr, daß die landwirtschaftlichen Produzentenpreise zu niedrig sind. Dann können sie doch nur erhöht werden, indem man die Handelsgewinne verkirzt. Das Bier Milch wird zum Beispiel für einen Preis von 16 M. nach Berlin geliefert. Der Berliner Arbeiter muß 31 M. dafür bezahlen; würde man den Gewinn des Handels, der über 100 Proz. beträgt und durchaus ungesund und überflüssig ist, nur um 1 M. kürzen, dann würde man der Landwirtschaft Einnahmen in Höhe von 180 Millionen Mark verschaffen. So steht es auch bei dem Getreide, bei den Hindern usw. Die Sozialdemokratie hat auch den Weg dazu gewiesen, indem sie die Kontingentierung der Getreideeinfuhr und das Getreidemonopol empfahl. Die besten Köpfe in der Landwirtschaft wie auch heute, daß man nur diesen Weg gehen kann und daß eine weitere Zollerhöhung nichts nützt.

Aber jetzt bekennt sich Herr Dietrich darauf, daß er liberal und Demokrat und Manchesterrmann ist. Jetzt sieht er im Getreidemonopol eine Gefahr und schlägt veterinärpolizeiliche Verschärfungen, höhere Minderzölle und einen verkappten Weizenzoll vor. Wirklich, ein ganz eigentümlicher liberaler Manchesterrmann. Sier wird der Teufel mal wieder durch Bezugsbau ausgetrieben.

Herr Dietrich soll vorsichtig sein. Die Lage in unserer Wirtschaft sollte ihn warnen. Die Kaufkraft der breiten Massen geht von Tag zu Tag weiter zurück und ihre Lebenshaltung ist aufs höchste angespannt. Von Großmüttern haben wir nun den alten Spruch ererbt: „Dat der Bauer Geld, dann hats die ganze Welt!“ Das hat mal Anno Tobad gegolten, als es seine Industriezentren in Deutschland und keine 20 Millionen Industriearbeiter gab. Heute liegen die Dinge anders. Heute repräsentieren die Industriearbeiter die Kaufkraft des Landes und nicht mehr die Landwirtschaft. Droffelt man durch höhere Zölle und höhere Preise die Massenaufricht, dann werden wir das bald in unserer Wirtschaft und auf unserem Arbeitsmarkt merken. Unser Unglück ist nur ein Reichsernährungsminister, der sich liberal nennt und der nach Doktrinen arbeitet, die einmal - sagen wirs gelinde und mitkeidig - Anno Tobad Gültigkeit hatten. Herr Dr. Dietrich täte besser, er legt seine Zollepläne stillschweigend zu den Akten. Nur dadurch könnte er sich rehabilitieren.

### Gegen kommunistische Lügen.

Die kommunistische Presse, voran das „*Neue Echo*“ in Essen, hat in den letzten Monaten wiederholt behauptet, daß der Vorstehende Friß Husemann mit dem Reichswirtschaftsminister Curtius einen Pakt geschlossen habe, um den Wirtschaftsfrieden im Ruhrbergbau aufrecht zu erhalten. Troddem diese wahrheitswidrige Behauptung sofort dementiert wurde, ist die kommunistische Presse bei ihrer Behauptung geblieben. Der kommunistische Abgeordnete Schubert hat die Behauptung auch in einem Flugblatte weiter verbreitet. Husemann hat jetzt beim Gericht in Bochum einen Einstellungsbeschluss gegen Schubert beantragt, der in folgender Form ergangen ist:

„Der Antragsgegner (Schubert) wird, und zwar mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Falles ohne mündliche Verhandlung, im Wege der einstweiligen Verfügung gemäß §§ 935, 936, 940 ZPO. bei Meldung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung gerichtliche festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe verboten:

1. Flugblätter zu verteilen, in denen behauptet wird, daß der Antragsteller (Husemann) mit dem Minister Curtius hinter dem Rücken der Bergarbeiter gehandelt und sich verpflichtet habe, im Ruhrbergbau den Wirtschaftsfrieden unter allen Umständen aufrecht zu erhalten,
2. das Bild des Antragstellers mit einer ihn beleidigenden oder herabsetzenden Interjektion oder neben einer Darlegung zu veröffentlichen, die ihrerseits den Antragsteller beleidigt oder in der öffentlichen Meinung herabsetzt.“

Gegen die kommunistischen Redakteure des „*Neue Echo*“ hat Husemann ebenfalls einen Antrag beim Gericht gestellt. Es ist auch hier zu erwarten, daß ein ähnlicher Einstellungsbeschluss in den nächsten Tagen ergeht.

## Zellen und Fraktionen in der Gewerkschaftsbewegung.

Von Paul Olberg, Berlin.

Jedem Gewerkschaftsmitglied, jedem Betriebsrat sowie jedem Vertrauensmann der Genossenschaften ist aus bitterer Erfahrung die eigenartige Rolle der Zellen und der Fraktionen der sogenannten Opposition, das heißt der kommunistischen Partei, mehr oder weniger bekannt. Durch zahlreiche Kanäle, die oft für den nicht Eingeweihten unsichtbar bleiben, versuchen diese Körperschaften, Einfluß auf die Arbeitnehmerschaft auszuüben, mit dem Hauptziel, die Masse für den Kommunismus zu gewinnen. Sie bilden, mit anderen Worten, in der westeuropäischen Arbeiterbewegung die grundlegenden Elemente der kommunistischen Parteien, während sie in Sowjetrußland die Organisationsform des Diktatursystems darstellen. Von den leitenden Instanzen der kommunistischen Parteien wird die Organisationsform der Zellen als das unentbehrlichste und wirksamste Mittel der Taktik anempfohlen. Demzufolge findet die Zellenbildung weitgehende Verbreitung in jedem Betrieb oder jeder Anstalt, wo sich nur unter der Arbeitnehmerschaft eine bestimmte Anzahl von Kommunisten befindet. Daher muß sowohl der Theoretiker als auch jeder Praktiker der Arbeiterbewegung mit den Grundfragen der Zellenarbeit vertraut sein. Nachstehend soll eine diesbezügliche zusammenfassende Darstellung gegeben werden:

Mit der Zellenfrage, speziell mit der Frage der Notwendigkeit des Aufbaues der kommunistischen Parteien auf der Grundlage der Zellen beschäftigen sich fast sämtliche Kongresse der Komintern. Der 4. Kongress stellte u. a. fest, daß „keine kommunistische Partei als ernsthaft und solide organisierte kommunistische Partei betrachtet werden kann, wenn sie keine festen kommunistischen Zellen in den Betrieben, Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen usw. hat.“ Der 5. Weltkongress der Komintern bezeichnete es als „eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien in der nächsten Epoche, dadurch ihre Umorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen zu vollziehen.“

Für die Gewerkschaftsarbeit haben die Zellen besondere Funktionen zu bilden. Die Befugnisse dieser Fraktionen sind beschränkt, die Arbeit der Zellen. Als höheres Organ ist die Zelle berufen, die Arbeit der Fraktionen zu leiten.

Laut Instruktionen der Exekutive der Komintern sind kommunistische Fraktionen in allen Arbeiter- und Bauernorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsräte usw.) zu organisieren, wo wenigstens drei Kommunisten eingestellt sind. Die Fraktionen sind den zuständigen Parteinstanzen untergeordnet und unterliegen ihrer Kontrolle. Sowohl über die Zusammenlegung als auch über die Tätigkeit der Fraktionen hat die kommunistische Partei zu bestimmen. Diese Forderung ist in den Instruktionen wie folgt festgelegt: „Die betreffende Parteileitung ist berechtigt, Mitglieder in die Fraktion zu entsenden und jedes Mitglied abzugeben unter Verständigung der Fraktion über die Gründe einer solchen Maßnahme.“

Die Kandidaturen der kommunistischen Fraktionen für die Gewerkschaftsvorstände und für die Vorstände verschiedener Organisationen oder Organe müssen von den kommunistischen Frak-

tionen unbedingt in Übereinstimmung mit den entsprechenden Parteiorganen vorgenommen werden. In der gleichen Weise ist bei Überlegung und Verlesung der betreffenden Kommunisten zu verfahren.

Alle Fragen von politischer Bedeutung, die einer Erörterung von seiten der Fraktion unterliegen, sind in Anwesenheit von Vertretern der Parteileitung zu erörtern. Die Parteileitungen sind verpflichtet, auf Anforderung von seiten der Fraktion ihre Vertreter hierzu zu entsenden.“

Somit sind die Zellen und Fraktionen auf der Grundlage der strengsten Zentralisation und Disziplinaufgebung aufzubauen. Der Diktaturgedanke, der in Sowjetrußland seine Verwirklichung gefunden hat, wird mit unbedeutenden Abweichungen in den eigenen Parteien der Komintern und den sonstigen kommunistischen Organisationen durchgeführt. Daß diese Methode die Selbstständigkeit der Mitglieder der Zellen schänkt und ihre Tätigkeit rein organisatorisch in hohem Grade beeinträchtigt, liegt auf der Hand.

Die Aufgaben und die Bestimmung der Zellen und Fraktionen werden in den erwähnten Leitlinien des 2. Kongresses der Komintern folgendermaßen festgelegt:

„Zum Zwecke der täglichen Parteiarbeit soll in der Regel jedes Parteimitglied stets in eine kleinere Arbeitsgruppe eingegliedert werden: in eine Gruppe, ein Komitee, eine Kommission, eine Ausschüß oder ein Kollegium, in eine Fraktion oder Zelle... Die kommunistischen Zellen sind Kerntuppen für die tägliche kommunistische Arbeit in Betrieben und Werksstätten, in Gewerkschaften, in proletarischen Genossenschaften, in Militärabteilungen u. a. m., überall, wo es wenigstens einige Mitglieder oder Kandidaten der kommunistischen Partei gibt. Sind mehrere Parteimitglieder in demselben Betrieb oder in derselben Gewerkschaft usw., so erweitert sich die Zelle zur Fraktion, deren Arbeit die Kerntuppe leitet.“

Aus dieser Instruktion geht hervor, daß die kommunistischen Parteien verpflichtet sind, in ihren sämtlichen Betätigungsbereichen Zellen zu bilden, und zwar laut dem für die Mitgliedschaft geltenden Grundgesetz der „allgemeinen Arbeitspflicht“ (§ 13 der Leitlinie des 2. Kongresses der Komintern).

In dem bekannten 21. Punkte der Aufnahmebedingungen in die Komintern wird dieser Gedanke ebenfalls klar zum Ausdruck gebracht. Der betreffende § 9 der Bedingungen, der den Zellen eine wesentliche Rolle zumißt, lautet wie folgt:

„Jede Partei muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeitnehmerschaft entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in dieser täglichen Arbeit überall den Berrat der Sozialparteien und die Unterstützung des „Zentrums“ zu erhalten. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

\*) Thesen und Resolutionen des 2. Weltkongresses der Komintern (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921). Verlag: Carl Soyuz Nachf., Hamburg 1921.

In ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsorgane der Partei sind die Fraktionen, wie erwähnt, ausschließlich den Parteistandarten untergeordnet; die Beschlüsse der Mehrheit des Gewerkschaftsverbandes dürfen sie nicht als bindend betrachten. Charakteristisch für das Verhältnis der Fraktionen zur Partei ist die nachstehende Entscheidung des 7. Kongresses der kommunistischen Partei Deutschlands, der im August 1921 abgehalten wurde:

„Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterliegen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls Funktionen abzugeben und unter Umständen selbständige Fraktionsveranstaltungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden wie jedes einzelne Parteimitglied.“

Diese Mißachtung der demokratischen Gesetzmäßigkeiten der freien Gewerkschaften birgt eine große Gefahr für die normale Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in sich. Es ist zu gut bekannt, wieviel Anheil sie für die Arbeitnehmerschaft bei der Lösung von Arbeitskonflikten anrichtet.

II.  
Vorrichtungsgemäß haben die Zellen illegale Arbeitsmethoden anzuwenden. Diese Handhabung wird mit dem Motiv begründet, die „Zelle vor dem Interzaken- und Polizeiterror zu schützen“. Eine nicht geringere Rolle, namentlich in den Ländern, wo die kommunistischen Parteien legal wirken dürfen, spielt dabei der Umstand, ungehindert desorganisierte Arbeit gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften treiben zu können. Eine klare Vorstellung von den illegalen Arbeitsmethoden der Zellen geben uns die betreffenden Bestimmungen der Resolution des Plenums der Exekutive der Komintern über die Fragen der Betriebszellenarbeit vom April 1928. Darin wird u. a. auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß

1. die Leitung der Zelle den Außenstehenden nicht bekannt wird;
2. der Ort der Zellenveranstaltungen vor den Betriebsparteien möglichst geheim ist und nur den Zellenmitgliedern bekannt wird. Es ist ratsam, daß die Zellenitzungen nicht immer im gleichen Lokal stattfinden. Das Lokal darf nie in der Presse bekannt gegeben werden;
3. daß die führenden Zellenmitglieder nicht in den öffentlichen Betriebsveranstaltungen als Vertreter der Zelle oder in einer solchen Weise, daß man daraus erkennen kann, daß sie Leiter unserer Zelle sind, auftreten. Auf solchen Veranstaltungen sollen als Redner Strafzellenmitglieder, Arbeitsloje oder die Genossen aus anderen Betrieben auftreten;
4. die Werbung für die Zelle und besonders die Aufnahme neuer Mitglieder soll neben der Werbung durch die Betriebszellenzeitung und Flugblätter hauptsächlich durch individuelle Propaganda vorgenommen werden;
5. die Betriebszellenzeitung soll vor dem Betrieb, in den Arbeiterzungen und auch innerhalb des Betriebes mit größter Vorsicht und auch möglichst unter Duzugabe von Schutzpassierenden und Strafzellenmitgliedern verkauft werden;
6. in den Betrieben ist eine systematische Kampagne gegen die Betriebszelle zu führen;
7. in der Zelle, besonders bei den Neuaufnahmen, muß die Tätigkeit der Verdächtigen streng kontrolliert und überwacht werden. Die Verdächtigen müssen von der Zellenarbeit iso-

# Großer gewerkschaftlicher Erfolg in Mansfeld.

Am 19. März wurde nach mehr als sechsständiger Verhandlung der eingesehten Schlichterkammer in dem Lohnkampf mit der Mansfeld u. G. folgender Schiedspruch gefällt:

1. Die Schlußbestimmung unter B der Lohn tafel für den Kupfererzbergbau wird gestrichen.
2. Die Untergrenze der in der ab 1. April 1928 gültigen Lohn tafel enthaltenen Spannungslöhne wird um 20 Prozent der Spannung erhöht.
3. Die Sätze der vom 1. April 1928 ab gültigen Lohn tafel erhöhen sich ab 1. März um 7 Prozent, ab 1. April um 10 Prozent, ab 1. Mai um 12 Prozent.

Dieses Abkommen kann erstmalig mit einmonatiger Frist zum 30. September 1929 gekündigt werden.

Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum 25. März 1929.

Mit diesem Schiedspruch dürfte der auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführte Lohnkampf, der bald drei Monate andauerte, sein vorläufiges Ende gefunden haben. Wer in diesem Kampf der unterlegene Teil ist, braucht unseres Erachtens nicht betont zu werden, denn der Abschluß dieser Bewegung ist ein gewaltiger Erfolg der Gewerkschaftsbewegung. Die Mansfeld u. G., die vorher keine 4 Prozent Löhne zahlen zu können, ist durch die Gewerkschaften gezwungen worden, jetzt eine 12prozentige Lohn-erhöhung zu zahlen. Um eine vollkommene Wiedergabe dieses Kampfes und seines Ergebnisses zu ermöglichen, ist es notwendig, einmal kurz die Entwicklung dieses Kampfes sowie der einzelnen Absätze desselben zu rekapitulieren.

Die Lohn tafel für den Mansfelder Kupfererzbergbau war von der Mansfeld u. G. gekündigt worden mit dem Ziel, die alten Lohnsätze über den 1. Januar 1929 hinaus wieder in Kraft zu setzen und die Ablauffrist mit derjenigen des Manteltarifvertrages gleichzustellen. Die Gewerkschaften leisteten demgegenüber Forde-rungen auf Erhöhung der Löhne ein. Die Verhandlungen über diese Streitfrage führten zu keinem Ergebnis, so daß der mittel-deutsche Schlichter zur Beilegung des Tarifstreits angeregt wurde. Nach vorhergegangenen Untersuchungen des Schlichters über die Wirtschaftlichkeit des Mansfelder Kupfererzbergbaues fällt der Schlichter in einer Verhandlung am 17. Jan. 1929 einen Schieds-spruch, in dem eine 4prozentige Lohnerhöhung vorgesehen war. Dieser Schiedspruch wurde von der Mansfeld u. G. abgelehnt. Sie sträubte sich mit aller Macht, auch nur die geringste Lohn-erhöhung zu gewähren. Inzwischen hatten sich aber die Preis-verhältnisse auf dem Kupfermarkt ganz bedeutend geändert. Der Kupferpreis stieg von Woche zu Woche und gab der Mansfeld u. G. die Möglichkeit, umgewogene Gewinne aus den Preissteige-rungen zu erzielen. Dadurch war es ihr durchaus möglich, auch den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Als nun der Schieds-spruch vom Reichsarbeitsminister aus formaljuristischen Gründen nicht verbindlich erklärt werden konnte und die Erhebung der Lohnfrage offen blieb, erluchten die Gewerkschaften die Mansfeld u. G., durch eine freie Vereinbarung den Schiedspruch zu er-lassen. Das lehnte diese glatt ab. Man machte späterhin das Zugeständnis, ab 1. März 1929 die 4prozentige Lohnerhöhung durchzuführen. Darauf ließen sich die Gewerkschaftsvertreter nicht ein, sondern stellten entsprechend den veränderten Verhältnissen neue Forderungen, und zwar forderten sie eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Um dieser Forderung einen größeren Nachdruck zu verleihen, beschloß eine Funktionärskonferenz die Einleitung einer allgemeinen Kündigungssaktion. Diesem Druck der Beleg-schaften konnten sich auch die Mansfelder Herren nicht entziehen.

Sie riefen erneut den mitteldeutschen Schlichter an, damit der drohende Streik nicht zum Ausbruch kommen sollte. Aber auch in den Schlichtungsverhandlungen waren sie noch nicht bereit, einigermassen annehmbare Vorschläge den Gewerkschaften zu un-terbreiten.

Wird aus diesem ganzen Verhandlungsgang ist ersichtlich, wel-chen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der vorstehend erläuterte Schiedspruch gebracht hat. Möglich war dieser Erfolg nur durch die gütigen Organisationsverbände und die Ein-heitskraft, mit der die Belegschaften die Lohnbewegung führten. Es war ein gutes Zeichen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Mansfeld sich das Einmischen der kommunistischen Partei in ihrem Lohnkampf aufs energischste verbot. Wäre durch die davorstehenden Verläufe der Misere der Lage aus der SPD. Zersplitterung in die Front der Arbeiter getragen worden, wie weiß, ab ein solcher Ausweg der Lohnbewegung ergiebt worden wäre. Für die Zukunft ergibt sich deshalb für die Man-sfelder Arbeiterschaft die Schlußfolgerung, nur durch starke ge-werkschaftliche Organisation Lohnbewegungen zu führen. Hier muß es deshalb sein, nach dieser Bewegung weiterhin für die Stärkung unseres Verbandes Sorge zu tragen, damit auch der letzte Ar-beiter gewerkschaftlich organisiert ist und somit die Möglichkeit ge-schaffen wird, auch in späterer Zeit Erfolge zu erzielen.

## Schiedspruch für den deutsch-ober-schlesischen Steinkohlenbergbau.

Die Gewerkschaften hatten bekanntlich zum 1. April 1929 das Ueberarbeitsabkommen für obiges Revier gekündigt mit Ablauf des Abkommens die tarifliche Schichtzeit verlassen worden. Die Unternehmer kündigten daraufhin den Manteltarif und stellten verschiedene Verschlechterungsanträge. Da es über die strittigen Fragen zu keiner Einigung kam, mußte der Schlichter eingreifen. Die von ihm einberufene Schlichterkammer trat am 20. März zusammen und fällte folgenden

### Schiedspruch.

Zwischen den am Tarifvertrag für die ober-schlesischen Stein-ohlenruben, Grubenlokereien und Nebenanlagen vom 26. März 1928 beteiligten Parteien wird folgender Tarifvertrag geschlossen. Der zum Tarifvertrag zu erhebende Schiedspruch sieht folgende Änderungen des bisherigen Tarifvertrages und des Mehrarbeits-abkommens vom 19. März 1928 vor:

1. § 3, Biffer 2, Abs. 5 wird gestrichen.
  2. Im § 4, Biffer 2 heißt es: statt „von mehr als 14 Tagen“ „von mehr als 4 Wochen“.
  3. Im § 4, Biffer 11 heißt es statt „30. Juni“ „31. Mai und 1. Juni“.
  4. Im § 5, Biffer 5 heißt es hinter „entgangenen Arbeitsverdienst“: „ist jedoch anderweitig zu gemähernde Entschädigung ordnungs-gemäß anzufordern“. (Der Satz „Die etwa ...“ fällt fort.) Im gleichen Absatz heißt es hinter „bis zu 2 Schichten“: „bei Todesfällen seiner Kinder, Eltern und rechtlicher Geschwister“.
- In dem Mehrarbeitsabkommen vom 19. März 1928 treten folgende Änderungen ein:
1. Biffer 2 hinter „Arbeitszeit“: „jedoch höchstens 9 Stunden“.
  2. Biffer 4 lautet: „Die tägliche Arbeitszeit in den übrigen durch-gehenden Tagesbetrieben beträgt 9½ Stunden, die Pausen 1½ Stunden. Bei Kesselheizen mit Handbeschäftigung und Wsche-fahrern regelt sich die Arbeitszeit nach Biffer 5. Sonntags-arbeit regelt sich nach der bisherigen Übung.“

4. Die Arbeitsstellung ist in der Zelle und Zellenleitung noch lange nicht betriebliegend durchgeführt.“<sup>\*)</sup>  
Die Festsstellungen sind nur in einigen technisch-organisato-rischen Einzelheiten zutreffend. Auf den Kern der Sache gehen sie gar nicht ein, nämlich auf die grundsätzliche Politik und Arbeitsmethoden der Gewerkschaftsorgane der „oppositionellen Minderheiten“, die die Gewerkschaften als Werkzeug politischer Ziele ausüben wollen und die jegliches positive Ergebnis ihrer Tä-tigkeit von vornherein ausschalten. Sehr interessant sind in die-sem Zusammenhang die Ausführungen Ljosowski auf dem 4. Kon-gress der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), der im März 1928 stattfand. In seinem Bericht über die „Ergebnisse und die Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung“ unterzieht der Generalsekretär der RGI, die Tätigkeit der kommunistischen Körperchaften in der Gewerkschaftsbewegung einer scharfen Kritik, indem er auf die vielen nachstehenden Mängel hinweist:  
1. Der erste und Hauptmangel ist, daß unsere (kommuni-stischen) Organisations in vielen Fällen, anstatt die Tagesfragen in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaften zu behandeln, einfach die Parteielösungen wiederholen; sie lassen außer acht, daß die „revo-lutionären Gewerkschaften“ nicht nur Kommunisten, sondern auch „Parteilose“ und Arbeiter anderer Richtungen umfassen.  
2. Den unmorgantisierten Massen in Japan, den Vereinten Staaten von Amerika usw. wird wenig Beachtung geschenkt.  
3. „Unsere dritte Schwäche ist die Verkürzung von Löhnen, die den objektiven Verhältnissen nicht entsprechen“ (z. B. die For-derung der „Arbeiterkontrolle in der Produktion“ in Deutschland und der „Wiederherstellung des Englisch-Russischen Komitees“ in England).  
4. Der Widerspruch zwischen dem Wesen der Streikbewegung und den zu proklamierenden Parolen.  
5. „Das leichtfertige Verhalten zu Streiks und das mangelnde Verständnis dafür, daß jeder verlorene Streik die Gewerkschafts-bewegung schädigt.“  
6. Der politische Einfluß der Kommunisten wächst (1), organisa-torisch geht er jedoch zurück. Die kommunistischen Verbände (in der Tschechoslowakei und in Frankreich) haben eine Anzahl Mit-glieder verloren, während die oppositionellen Minderheiten inner-halb der reformistischen Verbände „infolge unserer Taktik nicht zuzunehmen“. Dieses Mißverhältnis (zwischen dem politischen und dem organisatorischen Einfluß) stellt die größte Gefahr dar, es dokumentiert die verkehrte Arbeit, die Unfähigkeit, auf die beion-ders aktuellen Arbeiterbedürfnisse zu reagieren, es spiegelt den krankhaften Zustand unserer ganzen Arbeit wider.“  
7. „Der Mangel an Verständnis für die Taktik der Einheits-front und der Einheit als eine Methode der Eroberung der Massen.“  
8. Der wenig energische Kampf gegen die Ausschüsse (der Kommunisten aus den freien Gewerkschaften) und gegen die Ver-lesung der gewerkschaftlichen Demokratie.  
9. Der mangelhafte Zusammenhalt zwischen den Arbeitern der Belegschaften und der leitenden Organe. Der Vermittlungs-mechanismus funktioniert schlecht von oben bis unten. Bei uns arbeitet der oberste Apparat gut (her Befehle erteilt, B. D.). Nehmen wir aber die Betriebe, die Stellen, wo die Arbeiter leben, kämpfen, arbeiten, so muß man das Verlangen feststellen.  
10. Die ungenügende Elastizität unserer Organisationen, der

\*) Siehe „Zurbeiter“ vom 20. 4. 1928. Berlin, S. 707/708.

hier werden. Die illegalen Arbeitsmethoden der Zellenarbeit dürfen keinesfalls dazu führen, daß in dem Betriebe von der Tätigkeit der Zelle nichts bekannt wird. Illegal muß nur die Arbeit der Zellenmitglieder selbst, aber die Zeichen der Tätig-keit der Zelle, die Resultate dieser Tätigkeit müssen jedem Betriebsarbeiter bekannt sein.“  
Die praktischen Ergebnisse der Tätigkeit der Zellen in den Gewerkschaften sind rein negativer Natur. Auf Bewegungen, die zwecks gütigerer Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterbewegung geführt werden, üben sie keinen positiven Einfluß aus. Durch ihre Taktik erschweren sie den ohnehin nicht leichten Kampf der Arbeiterbewegung um bessere Lebensbedingungen. In der erwähnten Resolution des Plenums der Exekutiv der Roten werden die Ursachen des Verfalls der Gewerkschafts-zellen folgendermaßen formuliert:  
„Der geschaffenen Betriebszelle werden keine konkreten Auf-gaben gestellt.  
Der Betriebszelle, die meistens aus neuen Mitgliedern zu-sammengesetzt ist, fehlt eine Leitung sowohl innerhalb der Zelle als auch von Seiten der Bezirks- und Nationalleitungen: infolge der Unklarheit über die Aufgaben der Zelle und ungenügender Schü-tzung der Betriebszellenfunktionäre ist das innere Leben der Zellen in den meisten Fällen unbefriedigend.  
Die nicht genügende Durchführung des Kurses auf die Er-oberung der Großbetriebe und auf die organisatorische Ver-ankerung in den wichtigsten Betrieben in der praktischen Tätig-keit der Organisationen und Leitungen hat eine negative Wirkung auf die Tätigkeit der Betriebszellen.  
Starke Begehren seitens der Betriebsleitung gegen unsere Zellenmitglieder und mangelhafte Erfahrung in der illegalen Arbeit in den Betrieben.  
In wenig Unterbreitung seitens der Parteizellen und nicht ge-nügende Ausnutzung von verschiedenen Positionen im Betrieb für Befestigung der Lage der Zelle und für Werbung von Mit-gliedern. Sehr oft fehlen der Zelle die entsprechenden Räumlich-keiten für Beratungen und Zellenveranstaltungen.  
In manchen Fällen (Frankreich) wird der Zelle eine zu hohe Zahl von Mitgliedern, die nicht in dem betreffenden Betriebe sind, angegliedert, und diese Last hat schlechte Rückwirkungen auf die Zellenaktivität.  
Viele Zellen zeigen einen Mangel an politischer Aktivität, beteiligen sich nicht genügend an den politischen Aktionen und anderen Kampagnen des Verbandes, und oft beschränken sich ihre Tätigkeit auf die Erledigung der organisatorisch-administrativen Arbeit.  
In vielen Betrieben wird die Kassierung der Mitglieder noch nicht selbst durch die Zelle durchgeführt.“  
Ferner werden im „inneren Leben“ der Zellen folgende Fehler festgestellt:  
1. Die Erledigung der administrativen Fragen bildet die Haupt-tätigkeit der Zellen.  
2. Die Zellen beschäftigen sich hauptsächlich mit der Ar-beit unter der Betriebsleitung, zeigen aber in den innerverbindlichen Fragen wenig Aktivität.  
3. In den meisten Fällen sind die Formen der Tätigkeit der Zellen nicht lebendig und vielseitig genug.  
\*) Siehe „Zurbeiter“ vom 20. April 1929. Berlin, S. 708.

3. Biffer 5 lautet: hinter „werktäglich“: „9 Stunden, die Pausen sollen in der Regel eine halbe Stunde, höchstens eine Stunde betragen“.
  4. Als Biffer 6 wird neu eingefügt: „Wo Arbeitsbereitschaft fest-gestellt ist, wird Arbeitsbereitschaft in den Pausen zugelassen“.
  5. Als Biffer 7 tritt neu ein: „Böhminderungen (mit Aus-nahme der Ueberarbeitsausfälle für die weggefallenen Ar-beitszeiten) treten nicht ein“.
- Dieser Vertrag gilt vom 1. April 1929 ab bis zum 1. Okt. 1930. Das gilt sowohl für den Tarifvertrag wie für das Mehrarbeits-abkommen.  
Die Parteien haben sich untereinander und dem Schlichter gegenüber bis Montag, den 26. März 1929, mittags 12 Uhr, zu erklären, ob sie den Spruch annehmen oder ablehnen.  
Wird das Abkommen nicht bis zum 15. August 1930 zum 1. Oktober 1930 gekündigt, so läuft es jeweils mit sechsmonatigen Kündigung ein Vierteljahr weiter.  
Gleich, den 20. März 1929.

Auf Grund des Schiedspruches wird im Mehrarbeitsabkom-men unter Biffer 1 die Arbeitszeit für Separationsarbeiter von 9½ auf 9 Stunden verkürzt. In den Fällen, wo auf einzelnen Gruben bisher bereits eine kürzere Arbeitszeit bestand, verbleibt es bei derselben.

Unter Biffer 2 wird die Schichtzeit für die Arbeiter in durch-gehenden Betrieben von 12 auf 11 Stunden verkürzt. Für Kessel-heizen mit Handbeschäftigung und Wsche-fahrern wird die Arbeitszeit auf 9 Stunden und die Schichtzeit auf 9½ Stunden in der Regel, in Ausnahmefällen auf 10 Stunden, festgesetzt, das heißt, daß in Ausnahmefällen die Pausen statt eine halbe Stunde, eine Stunde betragen können.

Unter Biffer 3 wird für die übrigen Tagesarbeiter die Ar-beitszeit auf 9 Stunden und die Schichtzeit wie bei den Kessel-heizern mit Handbeschäftigung und Wsche-fahrern festgesetzt, also auf 9½ Stunden, im Höchstfalle jedoch 10 Stunden Schichtzeit.

Unter Biffer 5 ist festgelegt, daß eine Böhminderung infolge der Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten darf. In Abzug gebracht wird nur der 15prozentige Zuschlag für die ausfallende Mehr-arbeit.

Der Manteltarif ist durch den Schiedspruch bis auf einige günstige Abänderungen wieder in Kraft gesetzt. Die Verschlechte-rungsanträge der Unternehmer sind restlos abgewiesen worden.

Die Verhandlung für den Erzbergbau sowie über eine anderweitige Eingruppierung der Lohngruppen im Lohnarif wird fortgesetzt.

Eine Delegiertenkonferenz für den ober-schlesischen Stein-ohlenbergbau hat am 24. März zu dem vorliegenden Schieds-spruch Stellung genommen. Ueber den Ausgang derselben wer-den wir berichten.

## Rationalisierungserfolge in der Rail-industrie.

Aus dem Jahresbericht der Rationalisierungsstelle für 1928 geht sehr deutlich hervor, wie sich die Rationalisierung in der Rail-industrie ausgewirkt hat. Rail ist bekanntlich eines der wenigen Rohstoffe, die Deutschland zu exportieren vermag. Der Jahres-ertrag hat sich im verfloßenen Jahre um rund 15 Prozent erhöht. Der größte Teil des Mehrertrages entfällt auf das Ausland. Die durchschnittliche Förderleistung ist von 1913 bis 1928 um das Drei-fache gestiegen. Gegenüber 1927 wurden die Betriebe um 54,55 Prozent und gegenüber 1927 um 16,67 Prozent besser ausgenutzt. Infolge der Rationalisierungsmaßnahmen ist die Zahl der Ar-beiter von 1922 bis 1927 von 48.999 auf 21.267 und die Zahl der Angestellten von 4665 auf 2920 gesunken. Wenn man das Jahr 1922 gleich 100 setzt, so ist im verfloßenen Jahre die Ausnützung der Betriebe mit 155 anzusetzen, die Zahl der Arbeiter mit 43 und die Zahl der Angestellten mit 49.

Solche Ergebnisse vermag nur eine Industrie zu erreichen, die die Rationalisierungsmaßnahmen rücksichtslos durchgeführt hat. Daß dies auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten geschah, ist aus vorstehenden Zahlen deutlich erkennbar.

Mangel an Verständnis für Fragen, die die Arbeiter bewegen, die Unfähigkeit, die Initiative der Massen zu erwecken. Im Zu-sammenhang damit ist darauf hinzuweisen, daß sich die Erneue-rung der Kaber bei uns sehr langsam vollzieht. Gewisse Kreise der Führer werden immer beharren, ein Zustrom frischer Kräfte findet nicht statt.“ In allen unseren Organisationen“, schließt Ljosowski die lange Liste der Mängel, „wird das Prinzip des demokratischen Zentralismus noch sehr schwach durchgeföhrt.“ („Pravda“ vom 22. März 1928).

Ohne den Wert dieser Kritik von berufener Seite zu unter-schätzen, muß man doch zugeben, daß sie von politischer Dich-tung demagogischer Art nicht frei ist. Bemerkenswert ist, daß sie, trotz ihrer Ausführlichkeit, sorgfältig das Grundrüber der kommunistischen Gewerkschaftspolitik vermeidet; das plan-mäßige Erleben, die Gewerkschaften, wie bereits ausgeführt wurde, für politische Zwecke auszuschalten, unter Ignorierung der realen Verhältnisse.

Aus diesen verhängnisvollen Experimenten, die weder mit den Interessen der Arbeiterschaft noch mit den Aufgaben der Gewerk-schaften etwas gemein haben, ergeben sich eben Widerprüche und Mißerfolge. Die gewählte Arbeitermasse kann sich auf die Dauer die Gewerkschaftspapolen der Zellen nicht zu eigen machen, weil sie die schädlichen Folgen dieser Lösungen schon und unmit-telbar fühlt, da es sich meistens um brennende Fragen der Arbeits-beingungen handelt. Jeder mihlungene Streik, jeder verfehlte Tarifvertrag usw. übt u n b e r z u g l i c h seine negative Wirkung auf die Lebensverhältnisse des Arbeiters aus, während sich bei rein politischen Kundgebungen die Folgen erst nach einer gewissen Zeitpaune zeigen und nicht unmittelbar. Dies ist auf einen an-deren wichtigen Umstand hinzuweisen: die kommunistische Taktik der Erneuerung jedes wirtschaftlichen Konfliktes mit dem Ziel seiner Umwandlung in eine politische Aktion steht im Widerspruch zu den organisatorischen Möglichkeiten der Kommunisten.

Je weniger die kommunistischen Zellen imstande sind, die Ge-werkschaftsbewegung selbständig zu organisieren und zu leiten, desto unerwünschter Forderungen stellen sie an diese, um den „Exporismus“ der reformistischen Gewerkschaften „entlawen“ zu können. Auch in diesem Falle liegt die schädliche Folge der Taktik, die Zersplitterung und Schwächung der Gewerkschafts-bewegung, auf der Hand.

Ganz merkwürdig klingt in Ljosowski Munde die Klage, daß die kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen bzw. die Fruk-tionen, einfach die Parteielösungen wiederholen, ohne sich den spe-zialen Gewerkschaftsinteressen anzupassen, sowie der Hinweis auf die Ausschaltung der demokratischen Grundzüge aus den Gewerk-schaften. Über diese Momente sind eben die kategorischen Impera-tive für die Gewerkschaftspolitik des Kommunismus. Keine andere Institution als die RGI, deren Generalsekretär Ljosowski ist, versucht sie aktiv im Leben durchzuführen. In sozungen vollendeter Form spielt die kommunistische Partei eine ausschlaggebende Rolle in den Sonjetergewerkschaften; dort werden keine demokratischen Prinzipien gebildet. Diese Methoden führten dort eben zum Ab-sturz der Selbständigkeit der Arbeiterschaft, zur Stillierung der Mitgliedschaft von den leitenden Gewerkschaftsorganen und zur Ignorierung der Arbeiterinteressen durch diese Organe. Ungeähr bemessen Weg geht die kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Europa. Gleichermasse ist in den europäischen Ländern der Boden für die kommunistische Gewerkschaftspolitik sehr beschränkt, da sie an der Schulung und der Organisation der westeuropäischen Arbeiterschaft scheitert.

# Haus und Leben

## Die Wiedergeburt der Natur!

Von Victor Kallnowski

Stutend stürzt aus den Sphären lebenszeugendes Licht,  
 Von fernen Bergen braußt singend lebensweckender Söhn,  
 Grünender färbt sich des Waldes dunkles Gesicht,  
 Bäche springen zu Tal von sonnengeküßten Bödn.  
 Zagend regt sich der Keim, bricht seine Hülle entzwei,  
 Erdige Srische veratmet die verlangende Flur,  
 Lerche feiert in Trillern lenzlebendig und frei  
 Die Auferstehung — die Wiedergeburt der Natur!

Atmet, ihr Menschen, die ihr verwintert seid,  
 Den märzigen Sturm mit schöpfer Lunge ein,  
 Lasset ihn brausen ins Herz, öffnet es hoffnungsbereit,  
 Damit es randvoll sich fülle mit neuer Freude am Sein.  
 Rüttelt und schüttelt vereint der Menschheit saftigen Stamm,  
 Damit sein morsches Geäst falle in nichtige Spur,  
 Seiert frei wie die Lerche, nicht wie das Osterlamm,  
 Die Auferstehung — die Wiedergeburt der Natur!

## Osterfeier und Weltfrühling.

Ostern! Ein Aufatmen unserer Brust. Also endlich doch  
 wieder Leben, neues Leben! Die Sonne steigt. Die Säfte bringen  
 in die Zweige. Die Knospen schwellen. Natur ist schwanger. Ja,  
 Natur ist Mutter Natur, liebende, gute, immer neu Leben  
 schenkende Mutter.

Ostern ist das Fest der Mutter Natur seit ewigen Zeiten. Der  
 Göttin Ostara war es einst geweiht, nach der das Fest seinen  
 Namen bekommen. Das Fest der Fruchtbarkeit war es. Und das  
 Ei als osterliches Symbol, der Hase als Osterhase: nichts als  
 der Ausdruck der Fruchtbarkeit alles Lebens, des ewigen Wachstums  
 und Wachsens zu neuem Leben.

Vom Christentum wurde das Fest dann übernommen und mit  
 christlicher Gedankenwelt erfüllt. Es wurde als das Fest der Auf-  
 erweckung gefeiert. Aber der Osterhase ließ sich nicht mehr ver-  
 treten und das Osterfest blieb, und Ostern blieb neben dem kirch-  
 lichen Feste immer das Fest der Fruchtbarkeit und des ewig neu  
 sich verjüngenden Lebens durch mütterliche, schenkende, liebende Tat.  
 Und dann erfüllte in diesen Jahrzehnten ein neuer befreierender  
 Gedanke die Massen wie Frühlingsschaub. Da regte es sich in der  
 Brust. Da wurde sie weit. Da schwellte es vor Wollen und Tat  
 und Glauben. Die Menschheit hat ihren Frühling noch vor sich!  
 Und was da so lebendig und sehnsüchtig in den Menschenbergen  
 drängte, das war ein Wollen und Suchen nach diesem Frühling.  
 Das war ein Sehnen wie das Schwellen der Knospe draußen.  
 Das war ein Sehnen und Wollen wie da draußen das Strieben  
 des Lebens nach Licht. Ja, Natur ist Mutter Natur, und junges,  
 lebendes Leben so wonnig und sonnig wie nie zuvor trägt sie  
 unter dem Herzen in der Menschenbrust.

Alles soll werden neu und schön durch uns! Alles anders,  
 alles ganz anders! Und Ostern, dann hat dieser Glaube der Brust  
 seinen Feiertag. Ostern ist ja das Fest der Fülle, die da nach  
 außen drängt, das Fest des Lebensreichtums, das Fest der schwell-  
 enden Knospe und der wogenden Seele. Leben! Schenken! Lieben!

Wer fühlt in einer feierlichen Stunde seines Herzens nicht  
 solch ein osterliches Ermachen der Freude in sich? Ja, wir fühlen  
 alle das osterliche Werden der Welt, weil wir alle den Einfluß  
 fühlen, den unsere Befreiung haben soll. Wäre der Kampf des  
 Gewerkschaftsverbandes nur Kampf um das Brot um des Brotes  
 willen ohne den Gedanken des Rechts, wir würden das Ostern  
 der Menschheit nicht. Aber wir wollen im Kampfe für soziale  
 Ordnung den Gedanken des Menschen, und im Kampfe gegen die  
 Ausbeutung erleben wir die Idee der Gerechtigkeit. Der Mensch  
 reißt sich. Das sind nicht nur äußerliche Gestaltungen und äußer-  
 liche Formungen, die da werden sollen. Aus dem Freiheitsdrange  
 des Lebens wachsen sie heraus. Aus dem tiefsten, heiligsten Wonne  
 des Menschlichen. Wir wollen Menschen sein. Frei und gültig.  
 Und Recht soll sein, weil nur im Rechte freie Menschen sind. Und  
 keiner soll knecht sein und keiner unfrei, und keiner des anderen  
 Herr, weil nur unter freien Menschen freies Leben, lebendes,  
 schenkbendes Leben ist wie im Frühling.

Osterglaube ist Glaube an hohe Ideale. Osterefühlen ist son-  
 niges Fühlen von einem neuen freien Glück. Unser Herz ist voll  
 vom Streben nach Güte, überfüllt vom Sehnen nach Menschlichkeit.  
 Schenken möchten wir uns wie Mutter Natur sich ewig neu und  
 in Fülle schenken.

Und es drängt da so stark in uns. Da will es in uns. Wir  
 können nicht still sein. Leben! Vorwärts zur Tat!  
 Kampf! Du herrliche Befreiung unserer osterlich schwellen-  
 den Seele. Kampf, du beglückende, Frühling schaffende Befreiung  
 unserer selbst!

Feiert Ostern als dieses Ostern des Kampfes! Feiert mit  
 solchem Ostern des Kampfes den großen, herrlichen Sinn unserer  
 schwellenden Zeit!  
 Dr. Gustav Hoffmann.

## Der Mensch soll frei sein!

Die jungen Blätter schießen aus den Zweigen. Hier und da  
 aus den Zweigen der Erde, alle aus dem einen Lebensgeiste  
 heraus, den wir Frühling nennen, und doch aus dem einen  
 großen Lebensgedanken des Werdens heraus in unendlich  
 mannigfachen Art. Kein Blatt ist einem anderen völlig gleich.

Als der Philosoph Leibniz einmal im Park von Sanssouci  
 spazieren ging, da stellte er zum ersten Male diese Behauptung auf.  
 Seine Begleiter lächelten nur darüber. Sie nahmen zwei Blätter:  
 Seht ihr denn nicht, Philosoph, daß diese Blätter gleich sind?  
 Aber sie waren nicht gleich. Man hatte nur nicht zu schauen ver-  
 standen. Natur schafft gar nichts völlig gleich. Natur liebt Fülle.  
 Natur ist Künstlerin, die sich in unerhörter Schöpfertätigkeit schenkt.

Unsere Fingerspitzen zeigen Liniengebilde. Sind sie gleich? Bei  
 mir und bei dir? Bei irgendeinem Menschen so wie bei uns?  
 Nein, auch hier unendliche Mannigfaltigkeit in der Linienführung.  
 Das Linienbild meines Fingers bast nur du. Bei keinem einmaligen  
 kehrt es wieder. Das ist heute ein sicheres Ergebnis in der Wissen-  
 schaft. Natur liebt nicht die Wiederholung. Sie liebt immer  
 Neues, immer anderes, immer Neues in immer neuer Fülle. In

Ihr lebt eine ungeheure und unbegreifliche Schöpferkraft, eine  
 Gestaltungsgebe, die uns Menschen zu begreifen nicht gegeben.

Millionen von Blättern — und jedes anders. Millionen von  
 Menschen — und jede Fingerspitzenhaut ein neues Bild. Wir  
 stehen ehrfürchtig vor solch einer Größe schöpferischer Gestaltung.

Ob es da wohl zwei Menschen gibt, die in ihrem Denken, in  
 ihren Fühlen völlig gleich sind? Ob da nicht immer irgendwelche Spiel-  
 arten im geistigen Gebilde des Erkennens vorhanden sind? Vor-  
 handen sein müssen nach ewigen, ehernen, großen Gesetzen? Du  
 bist du und dein Menschenbruder ist anders, und Menschheit ist  
 herrlich, wenn sie Einheit vom Freien ist.

Aber ein wirtschaftlicher Machtgedanke hat diese Freiheit heute  
 zerzerzt. Die wirtschaftliche Massenzerrissenheit hat die Entfal-  
 tung des freien einzelnen mißbildet. Du bist nicht du, und dein  
 Menschenbruder wäre anders, wenn ihn nicht Zwang von außen,  
 verderbender Zwang der Interessenwirtschaft gehindert hätte in  
 seinem freien, reinen Entfalten des Menschlichen.

Tausendfach frei sollen Menschen sein, doch tausendfach frei  
 in ihrem eigentlichen und tiefsten Wesen. Nicht Individualismus  
 soll sein, weil er den anderen knechtet. Nicht Egoismus darf herr-  
 schen, weil er die Macht um Triumphe führt statt des Rechtes,  
 das mit dem Menschen geboren.

Und darum soll menschlich die wirtschaftliche Ordnung sein,  
 gemeinschaftlich. Daß nicht Interesse bestimmend sei, sondern Frei-  
 heit. Daß nicht Mißbildung von Menschen herrsche, sondern  
 höchste Vollendung der Persönlichkeit.

Die Menschheitsliebe bringt Menschenfreiheit, und Men-  
 schenfreiheit ist Fülle der höchsten Menschlichkeit. Reißt die wirt-  
 schaftliche Zwangsburg nieder, daß Freiheit in Liebe möglich werde!  
 Und euer Kampf für den Tag wird durchseelt vom ewigen  
 Weltgesetz.

## Klage aus Kirman.

Von  
 Fritz Rosenfeld.

Zehn Jahre bin ich alt, Teppichknüpfersohn aus Kirman.

Wenn die Sonne mit ihrem ersten leisen Flüstern des Mor-  
 gens die Spitzen der Minarett überzuckert, sitz ich am Webstuhl.  
 Wenn sie mit ihrem letzten milden Glanz des Abends die  
 Dächer der Türme in einen Mantel aus weichem, geschmolzenem  
 Gold einhüllt, sitz ich am Webstuhl.

Wie die Perlen in der Halskette meiner Schwester sind die  
 Tage: einer gleicht dem anderen, alle sind wie blindes Glas.

Sie rollen hin wie Wasserkropfen, die aus einem Krug auf  
 den weißen, glühenden Stein vor der Schwelle fallen. Ehe sie  
 sich geföhrt, sind sie dahin. Und der Krug scheint unerlöschlich.

Eine graue Ewigkeit hat' ich hinter diesen großen Gefellen.  
 In der Mitte meines jungen Lebens liegt der Tag, da ein Mann  
 kam, meine Arme griff, meine Muskeln fühlte und mich herüber  
 führte, wo von der Sonne nur ein schmaler, matter Streif zu  
 sehen ist und vom Himmel nur ein armer, trüber Rest.

Mein Weg geht abends und morgens an einem großen, schat-  
 tigen Garten vorüber. Dort spielt Abdullah, der Sohn des Opium-  
 händlers aus Belutschistan, mit glühenden Steinen und zarten,  
 jungen Tieren. Ich möchte dort stehenbleiben und zusehen, aber  
 mein Vater zieht mich fort; wir haben es eilig, sagt er, denn wir  
 sind arm.

Ich habe nicht Augen mehr für die Steine und Tiere, ich habe  
 nur Augen für mein Gewebe. Ich habe nicht Ohren mehr für  
 die Stimme der anderen Knaben, ich habe nur Ohren für die  
 Stimme des Meisters, der in der Ecke steht und singenden Tons  
 von seinem großen gezeichneten Meister abliest: Farben, Fäden,  
 Haseln, Farben.

Meine Hände gehören nicht mir. Meine Hände gehören  
 nur seinen Worten. Man hat meine Hände verkauft. Wären es  
 noch meine Hände, ich berührte mit ihnen keinen der orangenen,  
 violetteren, grünen und purpurnen Fäden mehr, ich ginge hinaus  
 und spielte mit Kieselstein und kleinen Kägen, wie Abdullah in seinem  
 fernen Garten.

Mein Vater hat meine Hände verkauft, wie er seine Hände  
 verkaufte. Denn wir sind arm. Er sitzt wie ich den ganzen grauen  
 Tag vor seinem Webstuhl.

Oh auch er in die bunten, flirrenden, wulstigen Strähnen die  
 Sehnsucht seines Herzens einwebt und einen scheuen, angstvollen  
 Traum?

Manchmal, wenn draußen der weiße Staub durch die bide,  
 drückende Luft tanzt, beginnen auch die Fäden vor meinen Augen  
 einen geheimnisvollen Tanz.

Man hat mir erzählt in einer Dämmerstunde unter den Bal-  
 ken von den siedenden Mauern der Stadt, daß die Teppiche, die

ich knüpfte, auf Kamelrücken hinauszubären in die weite Welt und  
 auf Schiffe verladen werden und in Länder schwimmen, die ich  
 nie sah, und die ich auch niemals sehen werde.

Obwohl ich große Augen habe, ganz große, brennende und  
 hungrige Augen.  
 Sie sollen in Städte kommen, die größer sind als unsere Stadt,  
 und in Häuser, die größer sind als unsere Häuser. Es sind mehrere  
 Häuser übereinander, höher als das Minarett unserer Moschee.  
 Dort trägt man sie in Zimmer und legt sie auf Tische und auf  
 den Boden.

Dann kommen Herren und Damen, wie sie an unse-  
 rer Teppich-  
 knüpferei vorbeigehen und mit neugierigen Blicken zu uns heran-  
 sehen. Sie haben weiße Hüte, die wie Helme sind, und weiße  
 Kleider, sie haben erkaunte Augen und milde Gesichter. Dann sollen  
 die Hände dieser Herren die Teppiche streicheln und die Füße der  
 Frauen sie küssen.

Ich soll nicht an diese Herren und Frauen denken, denn ich  
 irre mich dann in den Farben und Fäden, und der Meister schilt  
 mich aus.

Aber ich denke immer wieder an sie. Ob auch die Herren und  
 Damen, hunderte Lagerreisen von hier entfernt, an mich denken  
 werden, jenseits aller Ströme und Oasen, in einem fremden Land?  
 Ob sie mein Bild vor Augen haben werden wie ich das ihre?

Und ob sie vielleicht einmal, wenn sie den Teppich ganz genau  
 betrachten, den kleinen dunklen Fleck finden werden dort zwischen  
 dem grauen Ornament und dem orangenen Streifen?

Es ist eine Träne, die ich geweint in einer Stunde des Kum-  
 mers, als ich an Abdullah dachte und an seinen Garten.

Ob sie nicht sagen werden mit bösen Mienen: Seht, der  
 Teppich hat doch einen Fehler!

Ob sie wissen werden, wenn sie über meinen Teppich schreiten,  
 daß ich sie auf meinen Händen trage; daß sie weich gehen, weil  
 ich die Sonne nicht sehen darf, und meine Jugend eine Kette von  
 Perlen ist, aus blinde Glas?

Ob sie ahnen, ob einer von den Abendwinden, denen ich mein  
 Leid klage, es ihnen meldet: daß sie nicht nur meiner Hände Arbeit  
 zertreten mit ihren Füßen, nein, daß sie auch mein Herz, mein  
 warmes, junges, pochendes Herz zertreten mit ihren Füßen?

Die junge Frau mit den goldenen Haaren, die gestern vor-  
 überging, und deren Augen mich so seltsam ansehnen, wie mich noch  
 nie ein Mensch angesehen, sie wird es ahnen und wissen. Sie wird  
 mir Antwort senden auf den Flügeln der Winde.

Wenn diese Antwort mich erreicht, kann kann es sein, daß ich  
 die Kette meiner Tage zerreiße wie eine wertlose Schur von  
 blinden Glasperlen. Sie mögen nur hinstöckern über die tochenden  
 Steine und sich am Wegrand verlieren! Ich brauche sie dann nicht  
 mehr. Ich stehe auf und gehe hinaus aus diesem Zimmer, das  
 so düster ist wie die Kerker der Sträflinge, ich gehe hinaus und  
 wandere bis zum Meer und flichte aus den Wogen des Ozeans  
 und den Strahlen der Sonne und dem milden Schimmer meiner  
 Sterne mir eine neue Kette von Lebenstagen, die leuchtesten mich  
 vor der tausendfältigen Freude, die in ihr eingeschlossen ist, und  
 die niemals erden soll.

Jeden Abend gebe ich den Winden meine Botschaft mit, jeden  
 Abend tragen die Winde sie dem Meere zu und in die fernen  
 Länder hinaus. Jeden Abend warte ich auf Antwort. Vor den  
 Toren der weißen Stadt, unter den Bäumen, nahe den siedenden  
 Mauern. Und jeden Morgen gehe ich wieder, am Garten Ab-  
 hullahs vorbei, zu meinem Webstuhl. Oft will ich die anderen  
 Knaben bitten, mit mir des Abends den Gesang der Winde zu  
 erwarten, damit ich die kostbare Botschaft nicht überhöre, wenn  
 sie eines Tages eintrifft.

Aber die anderen Knaben würden mich auslachen, sie würden  
 es meinem Meister erzählen, und ich bekäme nur Schelte.

Damit aber doch einmal die blinde Kette meiner Tage zer-  
 reiße, damit doch einmal im Atem des Windes der Schlag eines  
 Herzens zu mir herüberpulk, webe ich jetzt in jeden Teppich, der  
 aus meinen Händen über die Meere wandert, eine Träne ein.  
 Eine kleine, einsame Träne. Scheu und angstvoll, wie mein  
 Traum. Seiß und brennend, wie meine Sehnsucht.

Und ich weiß: eine dieser Tränen wird ihr Ziel erreichen.  
 Eine wird mich, wenn eine lichte Frau sie dort irgendwo in einem  
 fernen Zimmer erkennt, durch den Abendwind Botschaft senden.

Dann aber werde nicht nur ich fortgehen von hier an das Meer  
 und Meer und mir aus den silbernen Perlen der Wandung die  
 Kette eines neuen Lebens weben, nein, dann werde ich alle Knaben  
 mitnehmen, die wie ich hinter den Webstühlen hocken. Sie werden  
 dann nicht mehr lachen über mich, sie werden freudig mit mir  
 gehen, und unsere Schär wird so groß werden, daß jeder fragen  
 wird: Wer seid ihr und was wollt ihr? Dann werde ich jedem  
 unsere Geschichte erzählen, und jeder wird sie weitererzählen. Dann  
 wird vielleicht der Tag kommen, an dem alle Menschen viel Sonne  
 haben und ein großes Stück Himmel, ein helles, blaues Stück,  
 nicht nur einen armen, kühlen Rest. — Das hat dann alles meine  
 Träne getan, die ich in den Teppich eingewebt.

13. Woche vom 24. bis 30. März 1929

Die Kameraden wollen im Interesse  
 des Verbandes um pünktliche Zahlung  
 des fälligen Beitrags besorgt sein

Aus: »Die Büchergilde« (Novemberheft), Zeitschrift  
 der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Drei-  
 bundstraße 5. Jedermann kann Mitglied werden.  
 Aufnahmegebühr 75 Pf., Beitrag 1 M. pro Monat.  
 Jedes Vierteljahr ein künstlerisch wertvolles Buch.

# Jahrestreffen des Verbandes.

## Bezirk Aachen.

Am 17. März fand in Aachen die Jahrestagung des Aachener Bezirks statt. Die Konferenz beschloss zuerst, den Kameraden Ritter, der eine Sonderliste zur Betriebsrätemahl eingereicht hatte und es ablehnte, dieselbe zurückzugeben, von der Teilnahme an der Konferenz auszuschließen, da er auf Grund seines Verhaltens nicht mehr als Mitglied des Verbandes zählen könnte. Der Beschluss wurde gefasst mit allen gegen zwei Stimmen.

Kamerad Engelhardt verbreitete sich dann ausführlich über die Notwendigkeiten zur Betriebsrätemahl und über die zu treffenden Maßnahmen, um auf dem Gebiete der Arbeitszeit im Aachener Steinkohlenbergbau vorwärts zu kommen. Er betonte, daß hier in nächster Zukunft unbedingt Erfolge erringen müßten. Bestes Hilfsmittel ist hierbei eine starke Organisation. Die Funktionäre müssen deshalb im Aachener Bezirk unermüdlich Weiterarbeit leisten, damit wir auf dem begonnenen Wege der wirtschaftlichen Entwicklung weiter vorwärts gelangen. Die Resultate des letzten Jahres beweisen, daß hier wirklich noch Fortschritt gemacht werden können. Nach den eingegangenen Meldungen wurden im Bezirk neu aufgenommen:

1. Vierteljahr	722
2. " " " "	361
3. " " " "	578
4. " " " "	648

Zusammen 2904

Man erzieht daraus, daß unermüdlich draußen in den Ortsgruppen gearbeitet wird. Besonders Augenmerk muß in Zukunft noch darauf gelenkt werden, alle ausgenommenen Mitglieder festhalten und in gewerkschaftlichem Denken schulen zu können. Nur wenn wir die Arbeitkameraden auch geistig gewinnen, sind sie erst ein wertvoller Gewinn für uns.

In erster Stelle steht weiter die Pflicht, für die Einheit und Geschlossenheit der Organisation zu wirken. Nur das Statut und die Beschlüsse der Konferenzen dürfen wegweisend für Mitglied und Funktionär sein. Jede Organisation, die solchen Grundbegriffen verfallt, verfällt unausfallig zur Auflösung. Ohne feste organisatorische Bindung aber ist die Arbeiterklasse zur Ohnmacht verurteilt. Es ist deshalb ein politisches Verbrechen der SPD, durch ihre neueste Taktik von der „Sammlung der revolutionären Unorganisierten“ dem Organisationsgedanken unter den Indifferenten noch mehr zu schaden, als sie es durch ihr bisheriges Gescheiß auf die Gewerkschaften schon getan hat. Die SPD hat dabei die einzige Absicht, die Unorganisierten zu fördern und zu umschmeicheln, nur damit sie sich als Stimmvieh hergeben, um den Streibern in der SPD, zu politischen Funktionen zu verhelfen. Nur Kameraden können an die Parole glauben: *Zusammen gegen die Gewerkschaften zur Befreiung der Arbeiterklasse!*

Kamerad Zimmer (Dohrum) knüpfte in einem sich anschließenden Vortrage an diese Gedankengänge an und zeigte in klarer Darstellung der Situation, in der sich die Arbeiterklasse heute befindet, daß nur das Vertrauen in die Gewerkschaften und der Kampf in derselben die deutsche Arbeiterklasse zu ihrer heutigen Stellung in Staat und Wirtschaft geführt hat und auch allein zu weiteren Erfolgen führen wird.

Der Geschäfts- und Kassenbericht des Kameraden Schlösser bewies, daß unsere Aachener Bewegung gut fundiert ist und die gesuchten Erwartungen und Ziele Erfüllung versprechen. In den nächsten Wochen müsse auch mit der Vorbereitung zur Feier des Jubiläums des 40jährigen Bestehens unseres Verbandes begonnen werden. Mit dieser Feier wird eine große gewerkschaftliche Stimmung verbunden, an der alle Verbandsmitglieder mit ihren Angehörigen teilnehmen müssen. Auch die übrigen freien Gewerkschaften von Aachen und dem ganzen Aachener Bezirk werden teilnehmen. Ebenfalls werden alle Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine und alle, die die Grundzüge der Gewerkschaften anerkennen, eingeladen. Unsere Bruderorganisation aus Holland, der „Niederländische Minnerbond“, wird sich ebenfalls geschlossen an dieser Feier beteiligen. Dies Fest wird nicht bloß für die Bergarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterklasse im Aachener Bezirk eine machtvolle gewerkschaftliche Kundgebung werden. Die Vertrauensleute müssen ein Verzeichnis derjenigen Mitglieder einreichen, die am 18. August d. J. 25 Jahre und länger Mitglied sind. Es müssen angegeben werden: Name und genaue Adresse, Hauptnummer, Geburts- und Aufnahmejahr.

Zur Maifeier 1929 sollen laut Beschluß der Bezirkskommission unsere Verbandsmitglieder an der Feier in Aachen teilnehmen. Die Maifeier soll den ganzen Aachener Industriebezirk erstrecken. Dieselbe wird arrangiert vom Ortsausschuß des Aachener Bezirks. Die Maifeier, soweit eine Straßendemonstration damit verbunden, soll nicht mehr zerplittert an mehreren Orten im Industriegebiet stattfinden, sondern jedes Jahr und an einer Stelle. Dabei wird ein Wechsel stattfinden für Aachen Stadt und Land.

Nach Erledigung einiger kleinerer Fragen interner Natur konnte Schlösser die sich verlaufene Konferenz schließen mit der Hoffnung, daß das Gehörte von allen Teilnehmern in der Agitation gut verwertet wird zum Wohle unseres Verbandes und damit der Aachener Bergarbeiter.

## Geschäftsstelle Hamborn.

Am 10. März fand im Volkshaus in Hamborn die Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Hamborn statt. Unter „Geschäftliches“ wurde vor allem die Kundgebung aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Verbandes am 18. August in Dortmund rege diskutiert und die Vorbereitungen dazu besprochen. Aus dem Geschäftsbericht, den Kamerad Schneider erstattet, ist erwähnenswert, daß im vergangenen Jahre 1048 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Die Rechtschuttabteilung wurde von 1945 Kameraden in Anspruch genommen. Als materielle Erfolg durch Vertretung an den Arbeitsgerichten ufm. Kasser 10 277,73 M. verbucht werden, mozu noch die Beiträge kommen, die nicht festgestellt werden konnten, weil die betreffenden Kameraden trotz Rückfragen keine Auskunft über den Ausgang ihrer Streitfälle geben. Nach Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde vom Kameraden Schneider die gewerkschaftliche Kampfbewegung der SPD scharf gebremst. Die Auffassung der Funktionäre ergibt sich aus nachstehender, gegen 4 Stimmen angenommener Resolution:

Die am 10. März im Volkshaus in Hamborn tagende Vertrauensleutenkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands lehnt es mit aller Entrüstung ab, die in letzter Zeit von der SPD propagierten Karolen anzuerkennen oder hinzunehmen. Sie berurteilt aufs Schärfste die in Flugblättern und der „Niederheimischen Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Karolen, die in Verbandsangelegenheiten eingreifen, über wie nur die Körperschaften des Verbandes zu entscheiden haben.

Konferenz spricht der sogenannten Opposition das Recht ab, Sonderkonferenzen zu halten. Die in solchen Konferenzen gefassten Beschlüsse lehnen die Funktionäre ab und werden diese nicht durchzuführen. Mit dem von der „Opposition im Bergarbeiterverband“ unterzeichneten Flugblatt hat Konferenz nichts gemein und spricht dem Unterzeichner, einem Nichtbergmann W. Florin-Essen, jegliches Recht dazu ab.

Vor allem ist die heutige Konferenz empört über die billige Darstellung in der „Miebrerbeit. Arbeiterzeitg.“ vom 28. März. Diese Darstellung des Verbandsvorsitzenden Sufemann im Gespräch mit dem Wirtschaftsminister Curtius, habe einen Arbeiter mit Füßen tretend, ist der Gipfel der Gemeinheit. Sie soll nur dazu dienen, den Kameraden Sufemann in der Öffentlichkeit und vor der gesamten Arbeiterklasse verächtlich zu machen.

Diese Darstellung ist nicht allein eine grobe Beleidigung unseres Verbandsvorsitzenden, die am Gemeinheit nicht übertroffen werden kann, sondern auch eine Beleidigung der gesamten Mitgliedschaft. Konferenz erhebt daher den Kameraden Sufemann, gegen den Verantwortlichkeit vorzugehen.

Die heutige Konferenz bringt der Verbandsleitung volles Vertrauen entgegen und gelobt, tatkräftig an der Weiterentwicklung des Verbandes zu arbeiten.

Nach Erledigung des Geschäftsberichts wurden noch die notwendigen Wahlen vorgenommen. Dann schloß Kamerad Schneider die anregend verlaufene Konferenz mit einem nochmaligen Appell, auch in Zukunft in der Weiterarbeit nicht zu erlahmen.

## Geschäftsstelle Redlinghausen.

Im „Volkshaus“ in Redlinghausen fand am 10. März die Jahreskonferenz statt. Kamerad E nd mann führte in seinem Bericht u. a. folgendes aus:

Auch das hinter uns liegende Jahr war ein Jahr wirtschaftlicher Nöte und Entbehrungen für die Bergarbeiterschaft, vor allem in unserem Bezirk, haben doch verschiedene Schächtanlagen bis 40 Feuerstätten eingeleitet. Weit über 6000 Bergarbeiter sind in unserem Bezirk abgebaut worden. Also ist das Meer der arbeitslosen Bergarbeiter gewaltig gestiegen. Dies ist auch nicht spurlos an der Organisation vorübergegangen. Trotz eifriger Agitation konnte die Mitgliederzahl nicht gesteigert werden. Jetzt kommt noch hinzu, daß auch im nördlichen Industriegebiet mit Grubenstilllegungen zu rechnen ist.

Kamerad Sch l e m m e r berichtete über die Tätigkeit als Vertreter am Arbeitsgericht Redlinghausen sowie am Arbeitsamt und betonte, daß besonders am Arbeitsgericht erprobliche Arbeit für die Bergarbeiter geleistet worden ist.

An der U r s p r a c h e beteiligten sich 15 Kameraden, die sich alle für die Kündigung des Lohntarifs aussprachen. Eine recht scharfe Aussprache wurde gegen das verbrecherische Treiben der SPD geführt. Es wurde betont, daß die revolutionäre kommunistische Klassenfront mit den Unorganisierten gegen die freien Gewerkschaften in nächster Zeit noch erweitert wird, und zwar wird die SPD, noch die Gelben mit in die revolutionäre Kampffront gegen die Gewerkschaften aufnehmen. Teils haben sie schon gelbe Sumpfpflanzen und Samenkreuzer auf ihren Sonderlisten sitzen. Von 19 Schächtanlagen haben die revolutionären Unorganisierten 7 Sonderlisten zustande gebracht, die natürlich recht mangelhaft zusammengestellt sind. Zwölf Schächtanlagen haben es abgelehnt, mit dieser Sorte Menschen gemeinsame Sache zu machen. Folgende Entscheidung wurde gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die am 10. März tagende Konferenz der Geschäftsstelle Redlinghausen nimmt zu der Schreibweise des „Ruhr-Echo“ und der Agitation der SPD, Stellung. Die Konferenz lehnt mit Entschiedenheit die Schreibweise des „Ruhr-Echo“ ab. Aber auch die Stellung der SPD zum Bergbauindustriearbeiterverband kann nicht dazu führen, eine Einheit der Bergarbeiter zu schaffen. Die Konferenz ist davon überzeugt, daß diese Haltung nur dazu führen kann, die Masse der Unorganisierten in ihrer ablehnenden Stellung zur Organisation zu bekräftigen. Das ist jedoch eine Stärkung der Macht des Unternehmertums und deshalb verbandsschädigend und arbeiterfeindlich. Die Konferenz stellt sich deshalb einstimmig hinter den Aufruf des Verbandsvorstandes und gelobt, alles zu tun, um den Verband zu stärken durch Werbung neuer Mitglieder.“

## Bezirk Lügau.

Am 10. März tagte im Volkshaus Niederwürschnitz die äußerst stark besuchte Jahreskonferenz des Bezirks Lügau.

Da der Geschäftsbericht gedruckt vorlag, brauchte Kamerad W l h m a n n in seinem Vortrag nicht näher darauf einzugehen. In seinem Rückblick auf das verstlossene Geschäftsjahr stützte sich Redner auf eine 1925 erschienene Denkschrift des Bergbaulichen Vereins zu Zwickau. Diese Denkschrift wurde allen staatlichen Behörden zugesandt. Darin wurde u. a. zum Ausdruck gebracht, daß der „Höhepunkt der gewerkschaftlichen Organisation vorüber und die rückläufige Bewegung der Mitgliederzahlen, der natürliche Rückschlag auf das ungewöhnliche Anwachsen nach der Staatsumwälzung, eingetreten sei“. Und weiter: „Es läßt sich jetzt noch nicht übersehen, in welchem Umfang die Errichtung von sogenannten Bergarbeitervereinen Erfolg haben wird.“ Als Krone dieser beiden Feststellungen war die Aufforderung an Regierung und staatliche Behörden, mit dem „Abbau des jetzt vorhandenen Einflusses der Gewerkschaften“ zu beginnen. Heute, nach drei Jahren, kann festgestellt werden, daß dieser Prophezeiung der Erfolg vollstündig verjagt ist. Die rückläufige Bewegung der Mitgliederzahlen resultiert allein aus der Verminderung der Belegschaft um 50 %.

Trotz dieses enormen Niederganges haben sich die Einnahmen an Beiträgen innerhalb unseres Verbandes in den letzten drei Jahren beinahe verdoppelt, was gleichbedeutend ist mit einer Steigerung unserer Mitgliederzahl und Vergrößerung unseres Einflusses. Die Denkschrift des Bergbaulichen Vereins war wohl geschrieben worden auf Grund einer im Mai 1920 herausgegebenen Broschüre: „Ablösung von den Gewerkschaften zur Union“. Diese Broschüre wurde damals in allen Bergrevieren verteilt. Der Schlusssatz dieser Broschüre lautete: „Die Union ist berufen, den Weg der neuen Welt auf ihrer Schulter zu tragen. Wägen es kräftige, nie schwankende Schüler sein!“ Wie die neue Welt der Union ausgehen hat und wie kräftig ihre schwankenden Schüler waren, hat die Arbeiterklasse zur Genüge kennen gelernt. Im Jahre 1925 wurde die Union mit ihrer neuen Welt begraben. Die Folgen dieser Union waren: Schwächung und Zersplitterung der Gewerkschaften — Stärkung der Unternehmer.

Langsam wuchs innerhalb der letzten drei Jahre das Vertrauen wieder zu den Gewerkschaften. Heute befinden sich dieselben im vollen Vormarsch. Mit dem Vertrauen zur Organisation wächst auch wieder ihr Einfluß.

Der Referent ging dann auf die verschiedenen Karolen der kommunistischen Partei ein, welche im Laufe der Jahre so oft gewechselt und immer nur zum Schaden der Arbeiterklasse gewirkt

haben. Dieselbe Partei, die feinerzeit die Gründung der Union als eine große Dummheit bezeichnet hat, ist heute drauf und dran, wieder eine neue Union zu gründen. Damit begeht diese Partei die sich fälschlicherweise Arbeiterpartei nennt, ein neues Verbrechen an der Arbeiterklasse. Raum ist die Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiete einig geworden, so wird durch neue Karolen diese Einheit wieder zerschlagen.

Auch in unserem Revier ist der Anfang dazu wieder gemacht worden. Zu den Betriebsratswahlen ist in allen Betrieben nur eine Liste, und zwar die unfrige, eingereicht worden. Eine „rühmliche“ Ausnahme davon macht die Betriebsabteilung Deutschland. Drei Listen wurden dort eingereicht: Verband, christlicher Gewerkeverein und sogenannte Opposition. Da auf der Konferenz mehrere Funktionäre, welche auf dieser Liste ebenfalls kandidierten, anwesend waren, forderte Kamerad Uhlmann sie auf, entweder ihren Rücktritt zu erklären oder das Lokal zu verlassen. Da sich die Betreffenden nicht entschließen konnten, ihre Sonderliste zurückzugeben, wurden sie aus der Konferenz gewiesen.

Die Abrechnung mit der Hauptkassa schließt in die Einnahme und Ausgabe mit 111 048,50 M. ab. An Kranken-, Arbeitslosen- und Streikunterstützung wurden 49 223,45 M. ausbezahlt. 52 192,73 M. wurden der Hauptkassa überreicht. An Bezirks- und Ortsvergiftungen verblieben 29 632,32 M. Die Bezirkskassa schließt mit 53 306,85 M. Einnahme ab. Nach Abzug aller Ausgaben verbleibt ein Kassenbestand von 22 820,21 M.

Über die Rechtschuttabteilung berichtete dann Kamerad F r i s c h in ausführlicher Weise.

Bei der Neuwahl der Bezirkskommission wurden mit einer guten Dreiviertelmehrheit die alten Kameraden wiedergewählt.

## Zwickau und Blauenicher Grund.

Die Jahreskonferenz für den Bezirk Zwickau fand am 3. März im Gewerkschaftshaus in Zwickau, diejenige für den Blauenischen Grund am 11. März in Freital statt. In beiden Konferenzen gab der Bezirksleiter einen Ueberblick über die Tätigkeit der Bezirksleitung im Berichtsjahre. Besonders hervorgehoben wurde die geleistete Arbeit auf dem Gebiete der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts. In arbeitsrechtlicher Beziehung konnte der Bezirksleiter vor erfreulichen Fortschritten durch die Entscheidungen der Arbeitsgerichte berichten. Die finanzielle Auswirkung dieser Entscheidungen ist nach Ansicht der Arbeitgeber so groß, daß sie gezwungen waren, den Arbeitnehmerverbänden gegenüber die Kündigung des Tarifvertrages auszusprechen. In der Mitgliederbewegung konnten im Berichtsjahre ebenfalls Erfolge erzielt werden. Trotz der zurückgehenden Belegschaftszahl und Verschärfung von Ausländern, auf die wir durch die Abschreckungsmaßnahmen der Unternehmer nur wenig Einfluß ausüben können, konnten die Mitgliederzahlen nicht nur gehalten, sondern noch erheblich gesteigert werden. Bei den Betriebsrätemahlen sind alle Mandate auf die Listen unseres Verbandes gefallen. Auch bei den Wahlen der Knappschaftsorgane sind Vertreter anderer Organisationen nicht gewählt worden. Die Stimmzahl für den christlichen Gewerkeverein war so gering, daß er noch nicht mal ein Mandat erhalten konnte. Um den Funktionären und Betriebsräten weitgehende Bildungs- und Schulungsmöglichkeiten zu schaffen, stehen wir in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsräteschulen. 36 Funktionäre nahmen im Berichtsjahre an den Kursen dieser Schulen teil. In der Lohnfrage sind ebenfalls Lohnerhöhungen eingetreten, die wenigstens einigermaßen den gesteigerten Lebenshaltungskosten Rechnung tragen. Auf finanziellen Gebiet ist ebenfalls eine weitere Festigung von den Schädigungen der Inflation eingetreten. Sowohl in der Bezirkskassa als auch in den Ortskassen haben sich die Barbestände erheblich vermehrt.

Die Berichte der Bezirksleitung wurden in beiden Konferenzen beifällig aufgenommen und die geleistete Arbeit der Funktionäre einstimmig anerkannt und gutgeheißen.

An der U r s p r a c h e beteiligten sich eine Anzahl von Kameraden, welche die erzielten Erfolge anerkannten und Wünsche und Forderungen der einzelnen Belegschaften zum Ausdruck brachten. In seinem Schlußwort dankte Bezirksleiter W e b e r allen Funktionären für die geleistete Arbeit und wünschte, daß auch im laufenden Jahre mit derselben Einmütigkeit am Ausbau der Organisation und für eine Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der sächsischen Bergarbeiter gearbeitet werden müsse. Die in den letzten Wochen angefangene und noch nicht abgeklärte Agitation berechtigt uns zu den besten Hoffnungen für das laufende Jahr.

## Bezirk Ost-Oberschlesien (Polen).

Am 10. März fand im „Volkshaus“ in Königshütte die jährliche Jahreskonferenz unseres Verbandes statt, zu welcher die Vertrauensleute und Kassierer aller Zahlstellen von Ost-Oberschlesien und auch die Betriebsräte unseres Verbandes eingeladen waren. Kamerad M i e t s c h gab den Geschäfts- und Kassenbericht, aus dem zu ersehen war, daß die zwei vorhandenen Arbeitskräfte mit Hilfe einiger Kameraden aus den Mitgliederfreisen vollkommen ihre Pflicht getan haben. Nicht weniger als 118 Mitglieder und 21 Belegschaftsversammlungen, 9 Betriebsrätekonferenzen, 12 Vorstandssitzungen, 34 andere Sitzungen, 11 Lohnverhandlungen, 17 Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft, 11 Fach- und Hauptauschulungsstunden sowie 23 Vertretungen vor den Gewerbegerichten und der Schlichtungskommission konnten für das abgelaufene Jahr gebucht werden. Außerdem wurden im Bezirksbüro 727 schriftliche Rechtschuttsachen angefertigt. Der Verband dehnt sich langsam immer mehr aus. Vor kurzem ist in Koslau eine Zahlstelle gegründet worden, die heute schon 36 Mitglieder zählt. Aus dem Bericht des Kameraden M i e t s c h konnte man erkennen, daß viel Arbeit geleistet worden ist.

Den Revisionsbericht erstatteten die Kameraden S e r m a n n und S e l u s t i, aus dem zu entnehmen war, daß die Verbandskasse in bester Ordnung befunden wurde.

Über die Wirtschaftslage und Lohnbewegung referierte Kamerad M i e t s c h. Aus seinen Ausführungen konnte jeder erkennen, daß der eingeleitete Kampf um die Bergarbeiterrechte noch nicht endgültig erledigt ist. Der Kampf geht weiter.

Zu diesem Punkt ergriff Kamerad R o s s a h l das Wort, den Unterschied zwischen Polnisch- und Ost-Oberschlesien an den Belegschaftsziffern, Löhnen, Förderzahlen usw. aufzeigte, woraus zu entnehmen war, daß die Lebenslage unserer Kameraden sich ab 1913 bis 1925 sehr verschlechtert hat. Er sprach weiter über Organisationen und Arbeitsgemeinschaft, von welcher wir uns nicht trennen können, weil nur durch vereinte Kräfte etwas erkämpft werden kann. Wenn heute andere Richtungen entstanden sind, wie z. B. die „Federacja Praccy“ usw., so werden diese nur von Unternehmern und Regierung finanziert, um die Arbeiterklasse zu zersplittern. Das wäre ein Stück Faschismus.

Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 10. März 1929 versammelten Vertrauensleute, Kassierer und Betriebsräte des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands in Polen, 100 an der Zahl, erheben den schärfsten Protest gegen die Verschleppung der Lohnbewegung seitens der Regierung und des Arbeitgeberverbandes. Eine Lohn-

erhöhung sowie die Wardlung des Manteltarifs sind eine der brennendsten Fragen in gegenwärtiger Zeit im Bergarbeiterleben.

Die Besammlen fordern weiter, das die Betriebsräte in ihre früheren Rechte eingesetzt werden und das sie von Vorgesetzten, die das Betriebsratsgesetz nicht kennen oder nicht anerkennen wollen, nicht belästigt werden.

Die Besammlen fordern von der Regierung, das sie die Steigerung der Lebensmittelpreise unterbinde, denn wir können nicht zulassen, das in Polen, wo Lebensmittel im Ueberschuß vorhanden sind und ins Ausland ausgeführt werden, wir als Arbeiter immer mehr hungern müssen, weil die Lebensmittel fortwährend im Preise steigen.

Die Besammlen protestieren gegen das Vorgehen mancher Knappschaftsrate, die unausgeheilte, kranke Knappschaftsmitglieder aus den Krankenhäusern ausweisen, welche nicht imstande sind, allein nach Hause gehen zu können.

Die Besammlen fordern alle Unorganisierten auf, sich unverzüglich unserer Organisation anzuschließen, damit wir mit vereinten Kräften unsere Forderungen erfüllen können.

Die Besammlung fordert, das die Vertreter der Arbeitnehmer auch in den wichtigen Wirtschaftsvereinigungen als Kontrollinstanzen Sitz und Stimme erhalten.

Des weiteren fordern wir, das die Gewergerichte parteilich zusammengefasst werden. Es kann nachgewiesen werden, das die Weisung nur von einer Organisation gestellt wurden.

Zur Jugendfrage referierte Kamerad Bossahl, der in klarer Weise die Bedeutung und das Ziel der Jugendabteilung unseres Verbandes darstellte.

Zu Punkt 6: „Neuwahl des Bezirksvorstandes“, wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Der Vorstand schließt sich der Anregung der Verwaltung an, noch einmal an das Oberbergamt wegen Beschaffung über die Sanierung der Pensionisten heranzutreten, und ist auch bereit, die Frage der Aufhebung von Pensionierungen in den geschilerten Fällen zu beachten.

Bezüglich der Rentenrechnungsarbeiten teilt Knappschaftsdirektor K e d e l mit, das 4800 Renten umgerechnet und zur Auszahlung am 1. März d. J. angewiesen wurden.

Dem Antrage des Vorstandes mitzuteilen, das Gutachten für die Gewährung von Aktivrenten auch seitens der Familienfürsorgeorgane ausgestellt werden können.

Nach § 129 I Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung wird der Kinderzuschlag zur Invalidenrente unter bestimmten Voraussetzungen auch für Kinder über 15 Jahre gewährt.

Die oben genannte Einkommensgrenze wird auf 120 Fr. pro Monat festgelegt. Die Frage der Kostentragung für die Gutachten wird dem Saugungsamt für die Entscheidung übertreten.

Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem an die außerhalb des Saargebietes wohnenden Knappschaftsmitglieder gerichteten Schreiben, worin diese erklärt werden, die Versicherer darauf hinzuwirken, das Rentenansprüche von solchen Versicherer, die außerhalb des Saargebietes wohnen, unmittelbar bei dem für den Wohnort des Versicherer zuständigen Versicherungsamt und nicht beim Saar-Knappschaftsverein gestellt werden müssen.

Die Verwaltung gibt davon Kenntnis, das die Gruppe Saar des Bundes „Deutsche Hilfe“ in Neunkirchen (gezeichnet Fried) bei der Staatsanwaltschaft zu Saarbrücken den Antrag gestellt habe, die Mitglieder des Vorstandes des Saar-Knappschaftsvereins wegen Unterschlagung zu bestrafen.

Am 4. März verschied unerwartet das Mitglied unseres Vorstandes, Herr Knappschaftsaltester

**Alois Schroll, Castrop-Rauxel IV.**

Der Verstorbene gehörte unserem Vorstande seit Dezember 1921 als ordentliches Mitglied an; außerdem war er in verschiedenen Unterausschüssen tätig.

Mit unermüdlichem Eifer war er bestrebt, zur Förderung der Ruhrknappschaft und zum Wohl ihrer Mitglieder zu wirken. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Bochum, den 7. März 1929.  
Der Vorstand der Ruhrknappschaft.  
Viktor. Dr. Meynen.

**Verbandsnachrichten.**

Wegen Verstoßes gegen den Viehener Beschlus und die Bestimmungen des Statuts wurden aus dem Verbande ausgeschlossen: Karl Springer (S.-Nr. 1194887), Zahlstelle Weimar I. August Stöbel (S.-Nr. 157930), Zahlstelle Bochum VI. Anton Andreiczak (S.-Nr. 1443161), Paul Gumbler (S.-Nr. 1443188), Erich Faute (S.-Nr. 1443770), Paul Pietrasch (S.-Nr. 1446092).

- Ernst Amelang (S.-Nr. 1446970), Anton Widert (S.-Nr. 1446886), Georg Wilkowitz (S.-Nr. 1446816), Fra. Ruhner (S.-Nr. 1447348), Johann Bollo (S.-Nr. 1448961), famtlich Bahstelle Sinfort, Gustav Adrha (S.-Nr. 1449288), August Hoff (S.-Nr. 1287810), beide Bahstelle Datteln, Josef Bieder (S.-Nr. 1287586), Hermann Bidel (S.-Nr. 1449237), beide Bahstelle Wertlich, Peter Beihle (S.-Nr. 1287842), Eduard Bamekell (S.-Nr. 1435735), beide Bahstelle Westerkamp, Bernhard Hohenbruch (S.-Nr. 1450483), Heinrich Koblmann (S.-Nr. 1435559), beide Bahstelle Marl, Georg Kühler (S.-Nr. 1287850), Ludm. Gesebier (S.-Nr. 1448264), Wilhelm Glaba (S.-Nr. 1434057), Wlth. Wrohl (S.-Nr. 1438264), Wladislaus Godyna (S.-Nr. 1450300), Johann Palte (S.-Nr. 1287866), Paul Barnte (S.-Nr. 1435700), famtlich Bahstelle Scherlebed, Gustav Florin (S.-Nr. 1390171), Bahstelle Gobenbruch, Wilhelm Johannesmeier (S.-Nr. 1287800), Bahstelle Derrne II, Emil Laufer (S.-Nr. 1287882), Hermann Dohrmann (S.-Nr. 1431327), August Schuster (S.-Nr. 1286596), Friedrich Knapis (S.-Nr. 1287764), Joachim Nowojn (S.-Nr. 1431324), Conrad Walter (S.-Nr. 1286711), famtlich aus Derrne, Joh. Wabrich (S.-Nr. 1328930), August Trads (S.-Nr. 1431540), Mathias Boedez (S.-Nr. 1329423), famtlich Bahstelle Jern I, Heinrich Kusmierz (S.-Nr. 1329627), Bahstelle Sabinghorst, Karl Müller (S.-Nr. 1216642), Bahstelle Krahl, Paul Sabas (S.-Nr. 1360862), Bahstelle Ruda (Polnisch-Oberschlesien).

**Buchervereision.**  
Kray I. Im Monat April. Bücher bereit halten!  
**Knappschaftsaltesterkommission Dortmund.**  
Sonntag, 7. April, 9 1/2 Uhr, im Lokale des Wirtes Schmidt in Dortmund, Ecke Herold- u. Nordstraße: Quartalsbesammlung.

**Schluss des redaktionellen Teils.**  
**Einladung**  
zur Gesellschafterversammlung der „Eintracht“ Siedlungs-Gesellschaft m. b. H. in Welzow N.-L.  
Hierdurch beehre ich mich, zu einer Gesellschafterversammlung der „Eintracht“ Siedlungs-Gesellschaft m. b. H., Welzow N.-L., am Montag, dem 22. April 1929, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthof Staudo in Welzow N.-L. ergebnis einzuladen.

**Aus dem Saargebiet.**  
**Saar-Knappschaftsverein.**

In der Sitzung vom 20. Februar wurden u. a. folgende An- gelegenheiten behandelt:

**Kranken- und Pensionkasse.**

Die Verwaltung gibt das Ergebnis des vorläufigen Abschlusses der Krankenkasse und der Pensionskasse A für das Jahr 1928 bekannt.

Die Krankenkasse schließt ab mit einem Ueberschuß von 2048 Mill. Fr. Die Verminderung der Belegschaftszahl ist somit an der Krankenkasse nicht spurlos vorübergegangen.

Bei der Pensionskasse A ist ein Defizit (bis Ende 1928) von 10,8 Mill. Fr. ermittelt worden. Die Verwaltung bemerkt hierzu, das mit Rückhalt auf dieses ungünstige Ergebnis Mittel und Wege gesucht werden müssen, um den Fehlbetrag auszugleichen.

**82 Jahre alt, gesund und freich!**

Frau Selma Ingber, Eisenach, Stolpestr. 1, schreibt uns: „Hiedurch erkläre ich nur meine Pflicht wenn ich Ihnen mitteile, das die mir gefandene lustige Schachteln Fregalin von großem Nutzen waren. Ich kann sagen, das ich für Ihre Firma die beste Reklame gemorden bin. Die Erfolge die ich damit erziele, machen mir große Freude.“

Sie essen und trinken wie andere und sehen doch schlecht aus und fühlen sich matt und schwach. Das sind Zeichen einer schlechten Nahrungszusammensetzung und schwacher Nerven. Wie Sie Ihr „tugliches Brot“ essen, müssen Sie auch Ihr Blut und Ihre Nerven ernähren, wenn Sie diese gesund und stark erhalten wollen.

Man muss sich vorstellen, das seit mehr als 30 Jahren an der Vervollkommnung dieses einzigartigen Backpulvers gearbeitet wird. „Bakin“ war schon vor 35 Jahren gut — und gerade deshalb war es doppelt schwer, es noch weiter zu verbessern.

**Matratzen**  
Eisenmobelfabrik Suhl (Th.)  
Konturrenzlos mit Garantiescheln für 1 Jahr  
Gute Taschenuhr nur Mk. 2,90

**10 Rosen 4 Mark!**  
Ihr Garten gewinnt durch Anpflanzung unserer Rosen. Wir liefern nur kräftige Pflanzen  
Gustav Lustig  
Berlin I, Prinzessstr. 46

**Neue „Industrie“. Stauden-Auslese.**  
Die neue „Industrie“ ist eine unserer beliebtesten Speisepflanzen, welche durch Staudenbauweise bedeu- tend verbessert wurde.  
Grosshanner-Erfurt 688

Der Aufstieg der Arbeiterbank.

Wer hätte es gedacht, daß die Arbeiterbank in den vergangenen Jahren des Berliner Gewerkschaftshauses im Jahre 1928 errichtet wurde, dieses Institut eine so glänzende Entwicklung durchgemacht hätte.

Das Aktienkapital wurde 1928 von 4 auf 12 Millionen Mark erhöht. Die offenen Reserven stiegen von 0,66 auf 1,10 Mill. Mark. Die Einlagen erhöhten sich von 79 auf 117 Mill. M.

Reich erstrecken. Die Gelder der Arbeiterbank sind äußerst sicher angelegt. Ein großer Teil, nämlich 51,60 Mill. M., ist für alle Fälle sofort greifbar angelegt.

Table showing credit distribution: Kredite waren gewährt am 31. Dezember 1928 an öffentlich-rechtliche Institutionen 43,60 %

Diese offene Darlegung der Geschäfte ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterbank nichts zu verbergen hat, und es zu begrüßen wäre, wenn die privaten Banken ihre Karten in der gleichen Weise offen auf den Tisch legen würden.

PRIEMKENNER FINDEN DEN GEG Kautabak im Geschmack würziger als jede andere Marke

Heeresbestände Neu! Mil.-Feldtasch. 0,47 Feldflasche 50,120 Mil.-Brotdose 2,70

Was ist Togonal? Togonal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!

Sigurd Räder direkt ab Fabrik. Enorm billige Qualitätswaren! Hunderttausende zufriedene Kunden.

Seit 75 Jahren Helldo. belästere ich Berufs- u. Vereinsmusiker mit erklachten Instrumenten u. Saiten.

Hygienische Gummiwaren. Verlangen Sie kostenlos Sonderangebot.

Heimarbeitsnadeln. Brestlau Hauptst.

Ca. 10000 MUSIKERFREUNDE. ZIEHARMONIKAS u. 4,75 VIOLINEN u. 5,00 MANDOLINEN u. 7,00 GITAREN u. 12,00

Billige böhmische Bettfedern. Nur reine gut füllende Sorten. 1 kilo große gefüllte, weiße 3.-, halboweiße 4.-

Volkswohl-Lotterie. 49100 Gewinne = RM. 430 000

Schwere Kohlköpfe. zarte Karotten, kurz: ertragreiche Gemüsesorten ziehen Sie durch unsere seit Jahrzehnten eingeführt. Sämereien.

Sonderverkauf! Gemd. Pianof. 0,48 Parabelflöten, bestm. 1,22 Schlafdecken 1,92

Honig. feinste Qualität, garant. reiner Blüten-Milch-Schleier, hellgelblich, unter Kontrolle eines vereid. Lebensmittelchemikers.

Müssen Sie oft Briefe schreiben? Beileids-, Glückwunsch-, Bitt-, Rund-, Bewerbungs-, Offert- und Mahnschreiben.

Handwagen. Umbau Holzbox aus prima Eisenblech, beste Beschläge

Echte Kieler Matrosen-Kinder-Anzüge u. Mäntel. Bedenken Sie gratis Muster und Preisliste.

Honig. Durch Kontrolle eines vereid. Chemikers ist die Echtheit meines Bienen-Honigs garantiert.

Pape & Bergmann GmbH. Quedlinburg. Metall-Betten Stahl- u. Holz-matrizen

Zafelbutter. 10 Pfund 1,70 in Holzfäßchen 9 Pfund gegen Rechnung mit Zinsen

Meine Seele singt! Gesammelte Gedichte von Victor Kalinowski

Käse billiger direkt. Holst. Tafelkäse (Strohform) 9 Pf. u. 3,80 Thaler Art (mit Rinde) 9 Pf. u. 4,80

Reispressrutter füttert wie Milch. vorzüglich billiges Vollkorn- u. Weizenmehl für Säugl., Schokolade und Kinderspeisungen.

BETTEN. Federdicht, echtrot gezier. Bettkörper, mit 17 Pfund zartweicher Federfüllung.

Billig und gut. erhalten Sie alle Musikinstrumente, Sprechmaschinen, Harmonikas, Violinen

Gummiwaren u. Hygienische Artikel. Preisliste nur bei Artikel-Anfrage gratis.

Bettmatten. Beseitigung sofort. Ausk. umsonst. Alter u. Geschl. angeb. Dr. med. Hausmann & Co., Vellberg 53 (Bayern).

Sächsische Bettfedern. Fabrik Paul Hoyer, Deitzsch 78. Prov. Sachsen, Angrstr. 4

REKORD selbst herstellen. Die fertige Ware findet überall glänzenden Absatz. Auch wir selbst kaufen sie zu guten Preisen.

Alle Gummiwaren und hygienische Artikel für alle Zwecke. Bei Wunschgabe Preislisten gratis.

Fahr- und Motorräder! Näh- und Sprechmaschinen! Näh- und Sprechmaschinen!

Käse. am Süßlingen und besten bayer. abgebr. Käse, wenn nicht gefüllt! 9 Pf. 50, 12 Pf. 50, 15 Pf. 50

Ihr Geld reicht länger, wenn Sie gleich heute meinen großen Katalog bestellen!

ANZUG PALETOT-DAMEN. Ptoffe. LIEFERT DIREKT AN PRIVATE SCHWETASCH & SEIDEL